SDS - KORRESPONDENZ

Nr. 2 Juni 1966

MATERIALIEN UND INFORMATIONEN ZUR VIETNAM-POLITIK DES SDS

"An die Stelle der kritischen Anschauung setzt die Minorität eine dogmatische, an die Stelle der materialistischen eine idealistische. Statt der wirklichen Verhältnisse wird ihr der bloße Wille zum Triebrad der Revolution. Während wir den Arbeitern sagen: Ihr habt 15, 20, 50 Jahre Bürgerkriege und Völkerkämpfe durchzumachen, nicht nur um die Verhältnisse zu ändern, sondern um euch selbst zu ändern und zur politischen Herrschaft zu befähigen, sagt ihr im Gegenteil: 'Wir müssen gleich zur Herrschaft kommen, oder wir können uns schlafen legen.'...Wie die Demokraten schiebt ihr der revolutionären Entwicklung die Phrase der Revolution unter."

Karl Marx, Enthüllungen über den Kommunistenprozeß zu Köln. Marx-Engels-Werke, Berlin 1960, S. 413

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS)
6000 Frankfurt am Main - 1, Wilhelm-Hauff-Straße 5, Tel. 77 64 22, 70 38 63, 77 8723

Vorbemerkung des BV

Die hier zur Selbstverständigung des SDS zusammengestellten Informationen und Materialien, sollen die sachliche Diskussion der in ihnen zu Tage tretenden Probleme fördern. Mit der Veröffentlichung dieser Korrespondenz soll die Diskussion im Verband nicht abgeschlossen, sondern eröffnet werden. Obwohl mit der Schlußerklärung des Bundesvorstandes zum Kongreß "Vietnam- Analyse eines Exempels" (die dieser Korrespondenz beigelegt ist) nunmehr eine verbindliche Darstellung der Ziele der Vietnampolitik des SDS und in dieser Erklärung realisiert auch die Umrisse der praktischen Überlegungen zu dieser Politik vorliegen, ist deren weitre Präzisierung jedoch dringend erforderlich. Dazu ist diese Korrespondenz jedoch nur eine Voraussetzung. Sie ist einseitig und liefert vor allem Material über Probleme dieser Politik. Darüber hinaus soll die Darstellung der Vorgeschichte des Vietnam-Kongresses die Diskussion über diese erste gemeinsame Veranstaltung der Opposition gegen die Vietnampolitik der USA in der Bundesrepublik erleichtern. Im Rahmen dieser Zielsetzung ist die Korrespondenz gewissenhaft zusammengestellt; sie berücksichtigt alle wesentlichen Materialien und Informationen die dem Bundesvorstand des SDS vorlagen.

Nicht berücksichtigt sind jedoch die vielen Anstrengungen und Initiativen, welche von SDS-Mitgliedern und Freunden des Verbandes gegen den barbarischen Krieg in Vietnam gemacht wurden, die schließlich auch den Vietnam-Kongreß ermöglichten, jedoch im SDS selbst nicht problematisch wurden.

Das Ziel dieser Korrespondenz ist ihrem Motto entsprechend die Wiederherstellung der Aktionseinheit des SDS und davon ausgehend die Weiterentwicklung seiner Vietnampolitik. Diese kann diese Korrespondenz jedoch nur vorbereiten, sie wird entscheidend davon abhängen, ob es gelingt die politische Analyse der Bundesrepublik zu entwickeln, welche eine zuverlässige Perspektive ermöglichen kann.

INHALT Seite

Anfang Januar 1966 legte der Bundesvorstand als Anlage zum Rundschreiben Nr.4 "Vorüberlegungen für einen Studenten-Kongreß, Vietnam - Analyse eines Exempels" vor:

Die bisherigen kritischen Äußerungen zur amerikanischen Vietnam-Politik beschränken sich weitgehend entweder auf humanitäre oder aber auf unmittelbar politische Argumentation. Ein weiter gehenderer Begriff, eine analytische Erklärung jener Entwicklung ist bislang in breiterem Kreise kaum sichtbar geworden. Das ist nicht nur der Mangel an einer lebendigen, modernen Imperialismustheorie. Die fehlende marxistische Analyse wird sich aber auf die Dauer als praktischer Mangel erweisen, weil die Schwäche der Linken in der Bundesrepublik zur Resignation treibt, wenn deren Ursachen nicht reflektiert und die gegenwärtige Aktivität in den Zusammenhang weitgespannter sozialistischer Perspektiven gestellt werden. Wir dürfen daher nicht bei aufklärerischer Mimikry stehen bleiben. Die besondere Aufgabe des SDS besteht vielmehr darin, denen die unter der Entwicklung in Vietnam und der amerikanischen Politik dort leiden, die Vorgänge dort zu erklären und damit ein sozialistisch-wissenschaftliches Verständnis ihrer eigenen Lage vorzubereiten.
Zugleich müssen wir Arbeitsformen der Aufklärung zeigen und praktizieren, die ernsthaft die Chance haben, über den schon entschiedenen Kreis vorzustoßen.
In dem Maße, in dem es uns gelingt, solche Politik zu realisieren, werden die Sozialisten sich zugleich als der konsequenteste und einsichtigste Kern der Oppositionellen vorstellen.
Im Mai dürfte das Thema aller Voraussicht nach noch immer aktuell und das Interesse dürfte genügend groß sein, um einen Kongreß von etwa 1000 Teilnehmern aus der ganzen BRD unter vernünftiger Vorbereitung zusammenzubringen. Der Kongreß würde weniger als der Bonner vom spontanen Protest gegen eine politische Maßnahme leben können. Er müßte sich vielmehr auf das strengere wissenschaftliche Interesse an der politischen Erklärung des Krieges stützen. Gerade die Absicht über den bisherigen Stand der Einsicht hinauszukommen, müßte ein wesentlicher Motor des Kongresses sein, der damit noch mehr Arbeitscharakter erhielte als der Bonner. Es ist aber zu hoffen, daß die damit gemachten Voraussetzungen gegeben sind. Entsprechend hätte das Programm auszusehen. In seine Konstruktion hätte die Vorentscheidung einzugehen, welche allgemeinen Verhältnisse den Krieg hervorgebracht haben und was aus ihnen sich weiter ergibt. Sie hätte das theoretische Gerüst zu sein, innerhalb dessen die Einzelbeiträge zu organisieren wären und über ihre Beschränkung hinaus kommen könnten. Darauf käme es vor allem an: auch Einzelbeiträge, die ihrem Selbstverständnis nach gar nicht sozialistisch sind, durch die Organisation des Gesamtprogramms über sich hinaus zu bringen. Wenn das gelingt, kann die aktive Beteiligung als Referent oder was auch immer bei dem Kongreß zu Arbeit an sozialistischer Theorie werden, ohne daß zu befürchten ist, daß der Kongreß bloß partielle Kritik übt. Die Referenten müßten, wie in Bonn aus first-class-Pinschern, Wissenschaftlern und möglichst auch Gewerkschaftern bestehen. Hinzu kommen müßte die Beteiligung ausländischer Referenten, so daß der Kongreß internationalen Charakter erhielte, was durch entsprechende praktische Hervorhebung der eingeleiteten internationalen Kooperation verstärkt werden könnte. An der Vorbereitung müßten, wie beim Kongreß selbst, möglichst viele Personen beteiligt sein. Das betrifft nicht nur die organisatorische Vorbereitung, sondern gerade die politische. Der Kongreß hätt nur Sinn, wenn er wirklich zur Angelegenheit der Universitäten wird. Durch Flugblätter und Publikationen alleine ist das nicht zu erreichen. Es käme vielmehr darauf an, alle Punkte aufzusuchen, bei denen das Thema zur Diskussion gestellt werden könnte, und die Gruppen näher zu bestimmen, auf die solche Anstrengungen sich aussichtsreich stützen könnten.

Im Rundschreiben selbst hieß es noch ergänzend:
Wir bitten nachdrücklich darum, diese Überlegungen als das aufzufassen, was sie sind: als unverbindliche Vorüberlegungen, die der materiellen und inhaltlichen Konkretisierung bedürfen, ehe ihre Realisierung und die Entscheidung, ob sie ausgeführt werden sollen, überhaupt möglich ist.

Es scheint so, als ob bislang vor allem der LV-Berlin dazu genauere Erfahrungen gemacht hat. Dort wurde das Thema in den Wahlkampf für den Konvent gebracht. Sicherlich wäre das auch an anderen Universitäten möglich; sicherlich könnte eine entsprechende Vorlage im Parlament auch an anderen Universitäten eine Diskussion dort entfachen, etwa eine öffentliche Sitzung, in der Unterzeichner des Vietnam-Appells ihre Unterschrift begründen. Die Berliner Genossen schweigen sich trotz Ankündigung bei der DK über ihre Erfahrungen jedoch aus. Zur Vorbereitung des Kongresses würde ebenso wie zu Aktivitäten an einzelnen Universitäten, zumindest diese Form der Beteiligung gehören. Überhaupt könnte der BV einen solchen Kongreß nicht organisieren. Das gilt sowohl für die zentralen Aufgaben als auch für die lokalen. Aus der Diskussion des Projekts könnten aber vielleicht - trotz der Zerfallenheit der Gruppen - einige Frankfurter Genossen daran Interesse gewinnen und sich kontinuierlich und verbindlich beteiligen. Möglicherweise könnte sogar der einer oder andere der Genossen einer anderen Gruppe in den Semesterferien sein Domizil in Frankfurt aufschlagen und hier mitarbeiten. Wenn ein Programm und nähere Vorstellungen vorlägen, wären ja auch die einzelnen Arbeitsaufgaben, wie Referenten besorgen, Publikation des Protokolls vorbereiten, Einladungen an Professoren etc., Presse, Organisation, Herstellung von Materialien für die Gruppen usw. als Arbeitsaufgaben des einzelnen Genossen genau und arbeitsfähig zu delegieren. Aber es müßten mindestens sechs bis acht Genossen zusammenkommen, wenn eine ordentliche Vorbereitung möglich sein soll.

So aussichtslos es wäre, wenn der BV ohne wesentliche weitere Verstärkung das Projekt in Angriff nehmen wollte, so genau wird zu überlegen sein, ob die Gruppen in der Lage sind, neben ihrer sonstigen Arbeit, die - wie die Programmdiskussion und die Arbeitskreise - darunter keinesfalls leiden darf, die immense Anstrengung aufbringen können, den Kongreß vorzubereiten. Allein die Organisation der Reise dürfte erheblich mehr Energie und Zeit in Anspruch nehmen - auch finanziell nicht unbedingt dieselbe Unterstützung erwarten können - wie der Bonner Kongreß, bei dem eben doch zu einem wichtigen Grad recht unmittelbare Spontaneität im Spiele war. Man wird sich gerade auch die sichersten Zustimmungen zu der Idee genau daraufhin anschauen müssen, ob sie sich wirklich die materiellen Voraussetzungen und Probleme und nicht nur die des fernen BV klargemacht haben, oder ob sie eben nur die Idee groß und schön finden. Die DK hat ja auch freudig und einstimmig den Vietnam-Beitrag beschlossen und keine Gruppe hat bislang bezahlt.

Selbst wenn jedoch die organisatorischen Fragen von den Gruppen gelöst werden könnten, wäre damit der Erfolg des Kongresses für den SDS noch nicht gesichert. Er könnte nur dann überhaupt sinnvoll sein, wenn es dem Verband gelänge, sich auf ihn gründlicher vorzubereiten, also tatsächlich die "Kader" für die breitere Agitation zu stellen.

Die Blamage des Bonner Kongresses, bei dem die SDS-Genossen mit wenigen Ausnahmen nichts zu sagen hatten, dürfte sich nicht wiederholen.

Schließlich könnte der Kongreß überhaupt nur stattfinden, wenn mindestens ein Teil der Finazierung über die Publikation seines Protokolls gesichert werden könnte. Das müßte vorher geklärt werden. Schon damit nicht mehr die Friktion entsteht, daß ein großer Verlag sich schließlich entschließt, nachdem wir selber die Sache schon gedruckt haben und sie ihm deshalb zu teuer wird. Die Publikation des Kongresses etwa als Taschenbuch, wäre für seine Wirkung womöglich wichtiger als die unmittelbar zu erreichende Publizität, weil diese Form der Agitation auch eher den Notwendigkeiten entspricht, unter denen kritisches Bewußtsein unter den gegenwärtigen Bedingungen sich bilden kann.

Vorbereiten und machen müßte den Kongreß jedenfalls der SDS. Die anderen Verbände der Höchster Koalition können kaum wirksame Unterstützung gewähren. Man müßte ihnen die Beteiligung dennoch anbieten, weil sie daran ihre Position ausbilden müßten. Die Voraussetzung gemeinsamer Veranstaltung wäre wohl die Zustimmung zu der UNEF - UGJ - SDS - Erklärung. Der Kongreß wäre der zweite linke, politische Studentenkongreß und diesmal mehr Kongreß als die Demonstration in Bonn. Angesichts des Zerfalls des VDS wäre seine hochschulpolitische Bedeutung genau zu untersuchen. Das Interesse an diesen Überlegungen, der Verlauf ihrer Diskussion und die in dieser beigebrachten Argumente können allein

über die Frage entscheiden, ob ein solcher oder ein ähnlicher Kongreß veranstaltet werden soll.

21. Januar

Am 21. Januar findet eine Bundesvorstandssitzung der Höchster Verbände statt. Der BV des SDS teilt mit, daß er einen Vietnam-Kongreß erwäge. Er schlägt vor, vorläufig erst einmal zu prüfen, ob als gemeinsame Plattform der Veranstalter eines solchen Kongr esses die vom "argument-club" in Westberlin initiierte "Erklärung gegen den Krieg in Vietnam" angenommenwerden könne. Die anderen Verbände sagen die Diskussion dieser Frage zu.

4. Februar

In München und in Westberlin werden illegale Plakate mit folgendem Text geklebt:

Erhard und die Bonner Parteien unterstützen

MORD

Mord durch Napalmbomben! Mord durch Giftgas! Mord durch Atombomben! Die US-Agression in Vietnam verstößt nicht gegen die Interessen des demokratischen Systems: Wer es wagt, sich aufzulehnen gegen Ausbeutung und Unterdrückung, wird von den Herrschenden mit Brutalität niedergemacht.

Die Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas kämpfen gegen Hunger, Tod und Entmenschlichung. Die ehemaligen Sklaven wollen Menschen werden. Kuba, Kongo, Vietnam - die Antwort der Kapitalisten ist Krieg. Mit Waffengewalt wird die alte Herrschaft aufrecht erhalten. Mit Kriegswirtschaft wird die Konjunktur gesichert. Ost und West arrangieren sich immer wieder auf Kosten der wirtschaftlich unterentwickelten Länder. Jetzt bleibt den Unterdrückten nur noch der Griff zur Waffe. Für sie heißt Zukunft:

REVOLUTION!

Wir sollen den Herrschenden beim Völkermord helfen. Deshalb beschwören sie das Gespenst der gelben Gefahr. Wie lange noch lassen wir es zu, daß in unserem Namen gemordet wird?

AMIS RAUS AUS VIETNAM — Intenationale Befreiungsfront

Beim Kleben der Plakate werden auch einige Mitglieder des SDS von der Polizei festgenommen. Die für den nächsten Tag geplante gemeinsame Demonstration der linken Studentenverbändegegen die US-Intervention in Vietnam ist in Frage gestellt; die anderen Verbände verlangen eine Distanzierung des SDS. Der Landesvorstand in Berlin distanziert sich von der Plakataktion und erklärt sich für diese als nicht verantwortlich.

Deer BV erfährt von der Verhaftung der SDS-Mitglieder am nächsten Tage durch die Presse und durch die Forderung einiger Genossen gegen die beteiligten Mitglieder durch Suspension von ihren Mitgliedschaftsrechten eine Untersuchung einzuleiten. Der BV erklärt die Plakataktion als unvereinbar mit der Vietnam-Politik des SDS, lehnt aber ein Ausschlußverfahren ab.

Die von einer Gruppe Demonstranten nach der großen Demonstration gegen die US-Interventiongegen das Amerika-Haus geworfenen Eier und die auf Halbmast gesetzte Flagge der USA sorgen für eine gewisse Publizität und liefern das Material für eine wilde Hetze, insbesondere der Springer-Presse in Westberlin gegen die linken Studenten überhaupt. Es gelingt auf diese Weise die Koalition der Verbände zu spalten. Teilweise wird versucht, den SDS alleine verantwortlich zu machen.

Die Vorgänge führen zu einer intensiven Diskussion. Auf einem stark besuchten jour fixe spricht am 9. 2. Schauer zur aktuellen Politik des SDS. Die Diskussion richtet sich vor allem auf das Problem von Legalität und Illegalität. Es stehen sich beiderseits einigermaßen unklare aber äußerst emotional bestimmte Positionen gegenüber, wobei die Differenzen vordergründig als solche zwischen der älteren und der jüngeren ,aktiveren Generation des SDS erscheinen. Die Plakataktion und ihr Inhalt findet auch bei den an ihr Beteiligten keine Fürsprecher, die ihr zugrundeliegende Stimmung wird aber in der symptomatischen Bemerkung deutlich, die Vietnam-Demonstration habe sich durch die Aktion vor dem Amerika-Haus "aus der Legalität" erlöst. Dem wird die politische Konzeption entgegengehalten daß die Rechtsnormen kein Abstraktum, sondern ein Mittel und Ansatzpunkt unserer Politik gerade dort

seien, wo die Herrschenden gegen sie verstoßen und in ihrem Interesse brechen. Ganz falsch sei es aber, aus der Krise der politischen Demokratie die Schlußfolgerung zu ziehen, daß es nun darauf ankäme, sich auf die Illegalität vorzubereiten, indem man sie antizipiere. Selbst wenn man mit dieser Möglichkeit rechne, gäbe es nur eine Vorbereitung darauf, nämlich den Kampf für die Legalität und insbesondere die Disziplinierung der eigenen Kräfte in diesem Kampf.

Die vom Bundesvorsitzenden vorgetragene Auffassung, die aufgetretenen Differenzen müßten in der Diskussion über die Positionen des Verbandes fruchtbar gemacht werden und seihen durch organisatorische Maßnahmen allein nicht zu lösen fand allgemeine Zustimmung. Zugleich wurde von dieser Seite hervorgehoben, daß der SDS auch in seiner gegenwärtigen Lage "Partei" sei und kein unverbindlicher Experimentierklub.

13.Februar

Am 13.2. fanden diese Diskussionen ihre Fortsetzung bei der Vollversammlung des Landesverbandes zum Abschluß des Wintersemesters. Ein Referat von Rudi Dutschke löste eine ausführliche Diskussion aus über deren Fortsetzung in Arbeitskreisen etc. man sich einig war.

Von der Neuwahl des LV erhofft man sich eine nun wieder funktionsfähige, aktivere und politisch bewußtere Zentrale. Davon ausgehend, daß das politische Verhalten auch einzelne SDS-Mitglieder verbindlich an der politischen Diskussion und Position des Verbandes orientiert sein müsse, beschließt die MV eine Verpflichtung der Mitglieder vor der Beteiligung an politisch relevanten Aktionen den LV zu informieren. Die MV wird allerseits als produktiv und für die Zusammenarbeit insbesondere auch zw. älteren und jüngeren SDS-Mitgliedern gedeihlich beurteilt. Der BV bittet nach der Vollversammlung wiederholt um das Referat und eine Zusammenfassung der Diskussion zur Publikation im Verband. Ohne Erfolg.

24.Februar

Anläßlich eines Besuches des BV in Berlin findet eine ausgedehnte Diskussion mit den Genossen Dutschke, Horlemann, Fichter, Schmidt u.a. statt, bei der insbesondere über den Vietnam-Kongreß und seine politischen Implikationen gesprochen wird. (BV in diesem Fall: Schauer)

26./27.Februar

Zu dieser Zeit findet die Gründungskonferenz des Westeuropäischen Studentenkommitees für den Frieden in Vietnam statt. Sie endet mit einer Erklärung über den Vietnam-Konflikt.

Vor der Kommiteegründung, am 26.2. schreibt der Landesvorstand in Berlin folgenden Brief an den Botschafter der USA in der BRD :

An seine Excelenz den Botschafter der Vereinigten Staaten in der Bundesrepublik Deutschland
<u>532 Bad Godesberg</u>
Mehlemer Aue

Eure Excellenz !

Sowohl die Vietnam-Demonstration am 5.Februar 1966 in Berlin als auch ihre Fortsetzung vor dem Amerika-Haus, sind unserer Ansicht nach von dem größeren Teil der deutschen Presse, besonders der Berliner Presse als eine Gelegenheit für einseitige Polemik gegen Studenten der Freien Universität Berlin mißbraucht worden. Solche Berichte tragen nicht dazu bei, die Ereignisse und ihre Ursachen zu klären. Deshalb fühlen wir uns gedrängt, diesen Brief an Eure Excellenz zu schreiben und gleichzeitig ein Vietnam-teach-in vorzuschlagen. Dieses Projekt ist schon im letzten Sommer mit amerikanischen Pressekorrespondenten diskutiert worden, die seiner Notwendigkeit zustimmten. Es erscheint jetzt wichtiger denn je.

Die deutsche Universität der Vergangenheit war stolz auf ihre unpolitische Haltung. Unpolitisch war allerdings synonym mit national und patriotisch; bis 1918 stand es für Loyalität gegenüber dem Kaiser und sogar für alldeutsche Tendenzen; in der Weimarer Republik war unpolitisch ein Synonym für anti-republikanisch und antidemokratisch. Als Konsequenz wurde nach 1933 die Universität trotz einiger weniger Ausnahmen zur Säule des NS-Regimes. Nach 1945 kehrte die Universität zur unpolitischen Haltung zurück, die sie schon vor 1933 eingenommen hatte, als ob die Unterwerfung unter das NS-Regime eine unvorhersehbare Katastrophe gewesen wäre, während in Wirklichkeit diese Unterwerfung das logische Ergebnis der "unpolitischen" Haltung der Universität gewesen war.

Die Gründung der Freien Universität gab Grundlagen zu einem neuen Anfang. Diese Universität, die hautpsächlich von Studenten gegründet worden war und vor allem mit der Hilfe der Vereinigten Staaten, konzedierte den Studenten unter anderem die beiden folgenden wichtigen Rechte: entgegen allen anderen und allen früheren Universitäten Deutschlands haben die Studenten ihre eigenen, gewählten Studentenvertreter in allen Gremien der Universität; sie haben Stimmrecht und Mitspracherecht. Weiterhin haben die Studenten ein politisches Mandat.

Politische Aktivität auf dem Universitätsgelände ist ein anderes Recht der Studentenschaft. Der studentische Konvent und der ASTA haben die Pflicht zu der Formierung und Wiederherstellung von politischer Urteilsfähigkeit beizutragen und durch Versammlungen, Debatten usw. die sie eigenverantwortlich führen. Seit der Gründung der Freien Universität befaßten sich die Studenten mit aktuellen politischen Problemen und stimmten über sie ab. Dieses Recht wurde niemals in Frage gestellt, so lange die Ergebnisse sich nicht von der offiziellen Linie der Politik unterschieden.

Dieses sogenannte Berliner Modell, eine Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden, wurde zum Beispiel für Reformtendenzen in Westdeutschen Universitäten. Die Angriffe auf die Freie Universität und ihre politisch engagierten Studenten werden meistens von Anhängern des alten Modells der unpolitischen deutschen Universität unternommen.

Im Augenblick ist das Hauptthema politischer Diskussionen unter den Berliner Studenten die Vietnamfrage. In diesem Zusammenhang zeigt sich ein innerdeutscher Aspekt als besonders gefährlich: die Identifizierung von Gegnern der Politik der amerikanischen Regierung mit Kommunisten. Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten ist in der Bundesrepublik politische Opposition noch nicht als Teil des demokratischen Lebens anerkannt worden.

Es ist eine Tatsache, daß ein großer Teil der politisch engagierten jüngeren Generation der Vietnampolitik der amerikanischen Regierung in wachsendem Maße kritisch gegenübersteht, in Berlin genauso wie in England oder Frankreich. Für Berlin wird das bewiesen durch die mehr als 2000 jungen Teilnehmer an der besagten Vietnam-Demonstration, von denen viele als Meinungsbildner angesehen werden müssen.

Als logische Konsequenz der Identifizierung dieser Leute mit Kommunisten werden sie in eine antiamerikanische Front gepreßt. Das könnte schließlich die Gegner der amerikanischen Vietnampolitik, einschließlich der Demonstranten und Sympathisanten zu einer Selbstidentifizierung mit antiamerikanischen Bewegungen führen. Das ist das Ergebnis von Berichten, die so tendenziös wie die meisten Berliner Zeitungen sind. Solch ein Ergebnis kann weder im amerikanischen noch in unserem Interesse liegen.

Während der letzten beiden Jahre hat der SDS in 19, Versammlungen in Berlin mit bis zu 1400 Zuhörern ein Maximum an Information in die Öffentlichkeit getragen, die sich auf den Gebrauch von unzähligen amerikanischen und anderen Zeitungen und auf politische Literatur gründet; zur gleichen Zeit hat der SDS heftig die Vietnampolitik der amerikanischen Regierung von einem marxistischen Standpunkt aus kritisiert.

Es scheint uns notwendig zu betonen, daß wir ganz sicher nicht daran interessiert sind, diese Aktivitäten mit einer anti-amerikanischen Haltung identifiziert zu sehen. Deshalb scheint uns ein teach-in über Vietnam mit bekannten amerikanischen Kritikern und Verteidigern der amerikanischen Regierungspolitik in Vietnam notwendig mit "Tauben, Habichten und Gemäßigten". Das sollte beweisen, daß Kritik an der amerikanischen Vietnampolitik nicht mit antiamerikanischer Haltung identifiziert werden darf, wie die Mehrheit der Berliner Presse glauben machen will.

Ein solches teach-in sollte daher im ersten Monat des Sommer-Semesters 1966 an der Freien Universität stattfinden. Der Aufbau und die Sprecher sollten von der gleichen Qualität sein wie in

Washington und Oxford. Es wäre nicht nötig, daß die Sprecher deutsch sprechen könnten.

Wir bitten daher Eure Excellenz allen Ihren Einfluß geltend zu machen um ein solches teach-in im Sommer-Semester zustandezubringen. Wir würden ein gut ausbalanciertes Podium vorschlagen mit Eurer Excellenz un den folgenden

Mr. Bundy oder Mr. Ball und Prof. Schlesinger oder Prof. Kissinger und Prof.H. Kahn; ohne diese Seite des Podiums beschränken zu wollen
usw.

Wir danken Eurer Excellenz für Ihr Interesse und verbleiben in der Hoffnung, daß Sie uns so schnell wie möglich über die Möglichkeiten der Ausführung dieses Programms in unserer Universität informieren werden.

Mit vorzüglicher Hochschtung Ihre

gez.Reinhard Strecker gez. Jürgen Horlemann

5./6. März

Der Bundesvorstand diskutiert bei seiner Sitzung ausführlich die Vietnampolitik des SDS. Von den gewählten Bundesvorstandsmitgliedern sind anwesend die Genossen Dutschke, Deppe, Dabrowski und Schauer. Einstimmig werden folgende Beschlüsse gefaßt:

"Der vom Genossen Steinhaus ausgearbeitete Vorschlag für das Programm des Kongresses "Vietnam - Analyse eines Exempels" wird gebilligt mit der Auflage, daß die Stellung und Beteiligung der Bundesrepublik zum Vietnam-Konflikt und die sich daraus ergebenden allgemeinen politischen Implikationen noch ausreichend berücksichtigt werden müssen.

In jedem der Arbeitskreise des Kongresses muß eines der einführenden Referate von einem dezidierten Sozialisten gehalten werden.

Das vorliegende Kongressprogramm und die bisherigen Referentenliste sind die verbindliche Grundlage für die Verhandlungen mit LSD, SHB und HSU.

Der BV billigt den Beitritt des Verbandes zum "Westeuropäischen Studentenkommitee für den Frieden in Vietnam" und dessen Erklärung vom 27.2.1966.

Nach Fertigstellung des Manuskripts der Vietnam-Broschüre des Genossen Steinhaus zum Vietnam-Kongress sollen die politischen Forderungen des SDS zum Vietnam-Konflikt zu einer Stellungnahme des BV zusammengefaßt werden."

Die Diskussion geht vor allem um die Frage, welche konkreten politischen Forderungen wir aufstellen müssen. In der Diskussion kristallisiert sich als zentrale Forderung, die nach Beendigung des Krieges durch sofortigen Abzug aller ausländischen Truppen herauf. Für die Bundesrepublik ist das entsprechend zu konkretisieren. Insbesondere ist man sich klar darüber, daß es unsere Aufgabe ist, diese Forderung analytisch zu erklären.

Am gleichen Tage stimmt die Bundesdelegierten-Versammlung des SHB der Berliner "Erklärung gegen den Krieg in Vietnam" zu. Den Delegierten liegt ein erster Programmvorschlag des SDS für den Kongreß "Vietnam-Analyse eines Exempels" vor. Sie fordern ihren Bundesvorstand auf, gemeinsam mit anderen Studentenorganisationen einen Vietnam'Kongreß vorzubereiten.

8. März

Die Bundesjugendleitung der Naturfreundejugend teilt mit: "Wir haben uns in der letzten Bundesjugendleitungs-Sitzung über Deinen Vorschlag unterhalten und sind dabei zu folgendem Ergebnis gekommen: Wir werden unsere Jugendgruppen auffordern, in diesem Jahr Vor-Mai-Feiern gemeinsam mit anderen Jugend- und Studentengruppen bzw. Organisationen durchzuführen und dazu auch Themenvorschläge unterbreiten. In diesen Vorschlägen werden wir die Behandlung des Vietnam-Konfliktes mit aufnehmen.

Den Kongreß in Form eines Teach-in würden wir grundsätzlich begrüßen und gegebenenfalls unterstützen."

29. März Auf Einladung des Bundesvorstandes des SHB findet eine gemeinsame Vorstandssitzung von SHB und SDS statt. Dem Wunsch des SHB-Vorstandes entsprechend soll versucht werden, den Vietnam-Kongreß nicht nur als wissenschaftliche Veranstaltung, sondern zugleich auch insofern als Teach-in anzulegen, als die Ergebnisse mit Politikern der Regierungen und Parteien diskutiert und auf diese Weise an die Öffentlichkeit gebracht werden sollen. Der SDS stimmt dem zu, äußert aber Zweifel, ob Regierungs- und Parteienvertreter bereit sein werden, der Einladung zu dem Kongreß Folge zu leisten.

Bei der sich anschließenden Sitzung der Höchster Verbände stellt sich heraus, daß kaum mit der Beteiligung des LSD als Veranstalter gerechnet werden kann. Der LSD spricht sich zwar für den Kongreß aus, erklärt sich aber außerstande die Berliner Erklärung zu unterzeichnen.

31. März In den SDS-Informationen wird daraufhin mitgeteilt:
Auf Einladung des Bundesvorstandes des SDS haben zwischen den Bundesvorständen des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB), des Liberalen Studentenbundes (LSD) und der Humanistischen Studentenunion (HSU) Verhandlungen über die gemeinsame Veranstaltung eines zentralen Studentenkongresses unter dem Titel "Vietnam - Analyse eines Exempels" begonnen.
Der Kongreß wird am 22.Mai 1966 in der Universität Frankfurt/Main stattfinden und von etwa 1000 Studenten aus der gesamten Bundesrepublik besucht werden. Darüber hinaus soll der Kongreß auch für interessierte nichtakademische Jugendliche zugänglich sein.
Ausgehend von der in Westberlin initiierten Protesterklärung von Intellektuellen, Professoren und Assistenten wissenschaftlicher Hochschulen der Bundesrepublik gegen die Intervention der USA in Vietnam soll der Kongreß eine politisch-wissenschaftliche Analyse des Vietnam-Konflikts erarbeiten. Wie dieser Konflikt von den an ihm Beteiligten als beispielhaft für weitere in den halbkolonialen Ländern sich anbahnende Auseinandersetzungen angesehen wird, soll der Kongreß Begriffe und Maßstäbe entwickeln, die das kritische Verständnis der gegenwärtigen Periode weltpolitischer Entwicklung erleichtern können.
Eine solche inhaltliche Zusammenfassung verschiedener Ansätze der Kritik an der amerikanischen Vietnam-Politik scheint den Veranstaltern besonders deshalb dringlich, weil der Druck der USA auf die Bundesregierung bei einer Ausweitung des Krieges die Bundesrepublik noch weiter in den Konflikt verstricken könnte, als es durch die finanzielle und wirtschaftliche Hilfe an das Saigoner Regime ohnehin schon der Fall ist. Im Rahmen des Kongresses wird daher auch die Stellung der Bundesrepublik zu Vietnam gründlich diskutiert werden. Dazu sollen Vertreter der bundesrepublikanischen Parteien eingeladen werden. Ebenso wollen die Veranstalter Vertreter der USA zu dem Kongreß einladen und sie bitten, die Politik ihrer Regierung dort zu erläutern.

Darüber hinaus heißt es im SDS-Info:
Studenten zur Teilnahme an den Maikundgebungen aufgerufen.
Der Bundesvorstand des SDS hat die Mitglieder und Gruppen des Verbandes aufgefordert, an den diesjährigen Maikundgebungen teilzunehmen. Darüber hinaus will der SDS alle Versuche unterstützen, die Tradition der antimilitaristischen Kundgebungen gewerkschaftlicher und sozialistischer Jugendorganisationen am Vorabend des 1.Mai fortzuführen oder wieder aufleben zu lassen. Teilweise seien diese Veranstaltungen schon der allgemeinen Entpolitisierung zum Opfer gefallen und mit ihnen ein wesentlicher Teil der Vorbereitung auf den ersten Mai.
Im Wintersemester 1965/66 habe sich aber der Kreis der kritisch engagierten Studenten beträchtlich erweitert. Die Beteiligung der linken akademischen Jugend an den Vor-Mai-Feiern könnte diesen daher neue Impulse geben. Sie seien für die Studenten zugleich eine Chance, über die Beschränkung auf die Hochschulen hinweg und in engeren politischen Kontakt mit der nichtakademischen Jugend zu kommen. Insofern stelle die Beteiligung an diesen Demonstrationen die logische Fortsetzung der Studentendemonstration dar, die sich gegen die Interventionspolitik der USA in Vietnam und gegen die prämilitaristische Verfemung der bundesrepublikanischen Gesellschaft durch Notstandsgesetze gewandt hatten.

In diesem Sinne wendet sich der Bundesvorstand des SDS in einem Flugblatt an die Jugendlichen Teilnehmer des Ostermarsches 1966:

Unsere Solidarität mit dem um seine Selbstbestimmung kämpfenden vietnamesischen Volk ist keine Sentimentalität, sondern politisches Eigeninteresse; wird doch die Bundesregierung von den USA unter Druck gesetzt, über die beträchtliche wirtschaftliche Unterstützung des Saigoner Regimes von General Ky hinaus sich an ihrer Intervention zu beteiligen. Sogar der Ruf nach Bundeswehrsoldaten ist schon laut geworden.

Während ein großer Teil der deutschen Politiker offenbar bereit ist, der amerikanischen Politik bedingungslos zu folgen, bauen andererseits deutsche Firmen mit Unterstützung der Bundesregierung Stahlwerke und Fabriken für die Volksrepublik China, gegen die sich die Vietnampolitik der USA in letzter Linie richtet.

Über den solidarischen Protest gegen diese Politik der USA hinaus scheint es uns wichtig, die widersprüchlichen Erscheinungen der gegenwärtigen weltpolitischen Entwicklung auf ihre Ursachen und Triebkräfte zu untersuchen, damit eine klare politische Konzeption für unsere eigene Praxis möglich wird. Die Analyse des Vietnam-Konfliktes, der auch in Kreisen der USA-Regierung als beispielhaft für gegenwärtige und zukünftige Auseinandersetzungen in neokolonialen Ländern gilt, liefert in besonders hohem Maße Begriffe und Einsichten für das allgemeine Verständnis der gegenwärtigen weltgeschichtlichen Periode.

1. April — Der Bundesvorstand verschickt den vorläufigen Programmvorschlag für den Kongreß an alle Gruppen.

16. April — Er wird auf der Gruppenvorsitzendenkonferenz in Köln im Rahmen der Gesamtpolitik des SDS ausführlich diskutiert. Von der Gruppe Köln wird ein Gegenvorschlag vorgelegt:

Ungeachtet der Tatsache, daß im Verband das Gerücht umläuft, die Kölner Gruppe habe den Bonner Kongreß "Demokratie vor dem Notstand" nicht genügend unterstützt, ja, sogar sabotiert, haben wir Bedenken zu dem geplanten Vietnam-Kongreß vorzutragen.

Nach einigen kritischen und vergleichenden Bemerkungen zum Bonner Notstandskongreß wird vorgeschlagen:

Eine bloß akademische Behandlung des Vietnamkrieges, wie sie uns das Programm des Kongresses zu enthalten scheint, mag für die politisch aufklärende Arbeit an den einzelnen Universitäten noch eine gewisse Berechtigung haben: sie verbietet sich für eine zentrale Veranstaltung. Das zeigt ein Vergleich mit Vietnam-Manifestationen im Ausland: Frankreich, USA, Japan, Australien etc. Wir halten einen Kongreß für angemessener und effektiver, nicht zuletzt von seiner Resonanz her, der nicht nur Diskussion, sondern auch Manifestation und Protest ist.

Wir glauben, daß bei einem solchen Kongreß der Agitation die entscheidende Rolle zukommt. Um das zu erreichen, scheinen uns Arbeitskreise wenig geeignet. Vielmehr sollte der Kongreß folgendermaßen aufgebaut sein: a) Alle Diskussionen finden im Plenum statt. Dabei sollen die Diskussionsredner vor allem aus dem Publikum kommen. b) Zwischendurch finden Podiumsgespräche zwischen prominenten Rednern statt. c) An einer abschließenden Podiumsdiskussion sollten mitwirken: Vertreter der Parteien und selbstverständlich der westdeutschen 'Linken', der Regierungen der USA, der Demokratischen Republik Vietnam, Südvietnams und Vertreter der FNL. Auf dieser Zusammensetzung müßte selbst dann bestanden werden, wenn unser Vorschlag am Widerstand der Höchster Verbände scheitern sollte. d) Zum Abschluß des Kongresses findet eine Demonstration statt.

Wir betonen, daß die Gruppe Köln selbstverständlich einen Vietnam-Kongreß mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen wird, auch wenn er nicht unseren Vorstellungen von politisch notwendiger und möglicher Aktion entspricht.

gez. K.-H. Roth

Auf dieser Gruppenvorsitzendenkonferenz erklärt der Bundesvorstand, daß er mit der Absage der "offiziellen" Politiker schon immer gerechnet habe und wenn dies der Fall sei, werde er einen

demonstrativen Abschluß für den Kongreß vorschlagen. Die übrigen Vorschläge der Kölner Gruppe seien technisch nicht realisierbar und würden aus dem Kongreß einen Rummel, aber keine politisch ernstzunehmende Manifestation machen.

28. April In einem von der Tübinger Gruppe an die Gruppenvorsitzenden verschickten Rundschreiben werden ähnliche Auffassungen formuliert:

Der Charakter des Imperialismus kann nur auf Grund der ihn bedingenden Widersprüche erkannt werden. Die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten und den von ihnen unterdrückten Staaten sind viel zu manifest geworden, als daß man sich noch auf die Widersprüche zwischen humanitärem Anspruch und Wirklichkeit verlassen könnte, um den Charakter des Imperialismus zu erfassen. Wenn man von den Ansprüchen des Imperialismus ausgeht, also systemimmanent argumentiert, heftet man dem Imperialismus ein Feigenblatt an, das er schon längst nur noch widerwillig festhält. Auf jeden Fall trägt man durch diese Argumentation zur Aufwertung des Imperialismus bei. Die Ansprüche der Unterdrückten sind klar zu formulieren: Kampf ums nackte Leben und dessen Gestaltung nach eigener Vorstellung! Geht man also von den Ansprüchen der Unterdrückten aus, kritisiert man das System von einer anderen Position aus, so erweisen sich die Ansprüche des Imperialismus als absurder Bluff. Es zeichnet sich bereits ab, daß die Imperialisten auf Grund des immer schärfer werdenden Konfliktes von sich aus zugeben, daß sie sich jener Ideale entledigt haben und daß es sich um eine reine Machtfrage handle. Spätestens dann ist die systemimmanente Kritik an ihrem Ende angelangt. Dann wird es auch deutlich, daß man sich die Form der Argumentation von den Imperialisten hat aufzwingen lassen, weil man ja dann nicht mehr darum herum kommt, seine Argumentation zu verändern. Indem wir uns als Gegner des Systems direkt auf die Seite der Unterdrückten stellen, können wir die Notwendigkeit der Demaskierung des Imperialismus und seines weiteren Verhaltens sowohl richtig beschreiben, als auch beschleunigen. Auf Grund dieser Überlegungen halten die oben erwähnten Genossen folgende Änderungsvorschläge am Programm des BV für notwendig: der erste vom BV vorgeschlagene AK "Juristische Aspekte" gibt Anlaß zu rechtspositivistischen, systemimmanenten Argumentationen und ist deshalb ganz zu streichen. Auch wenn in diesem AK von einem Marxisten, wie Abendroth, referiert werden würde, sind diese Bedenken damit nicht gegenstandslos geworden. Im Gefolge der Argumentationen, die sonst auf dem Kongreß dargelegt werden, müssen sich derartige Überlegungen erübrigen, sonst hat wohl der ganze Kongreß seine Aufgabe verfehlt. In dem von uns vorgelegten Programm sind die beiden vom BV geplanten AK's (Nr.2 und 3), über die inneren und äußeren Widersprüche, die zur Auseinandersetzung in Vietnam geführt haben, übernommen worden. Wir empfehlen, es bei diesen beiden AK's zu belassen. Die Teilnehmer erhalten durch den einführenden Vortrag einen umfassenden Überblick und können sich daraufhin den beiden wichtigsten Aspekten widmen, ohne dabei den Blick fürs Ganze zu verlieren, was der Fall wäre, wenn aus diesem Zusammenhang heraus, weitere Teilaspekte behandelt werden würden. Die Formulierung der Themen dieser beiden AK's unterscheiden sich von der des BV lediglich darin, in dem wir versuchen, den Konflikt richtig zu benennen - in Anlehnung an die Erklärung Westberliner Wissenschaftler. Eine derartige eindeutigere Formulierung soll also nicht versuchen, wissenschaftliche Abhandlung mit Agitation zu vertauschen. Wissenschaftliche Darstellung des Imperialismus, insbesondere des Falles Vietnams, ist die beste Agitation. Der Versuch einer Abhandlung, die nicht Parteien schafft, macht uns sowohl in den Augen unserer Gegner unglaubwürdig, als auch in den Augen unserer Freunde. Letztendlich werden wir für uns selbst unglaubwürdig, wenn wir durch ein derartiges Verhalten in unseren Verband die Krise der Vermittlung von Wissenschaftlichkeit und Engagement fortführen. Diese Krise offenbart wohl eine der wesentlichsten Wurzeln für Resignation und Ineffektivität der Linken in Westeuropa, die es besonders in unserem Verband noch nicht gelungen ist zu beseitigen. Indem wir, aber Engagement voraussetzen, fordern wir es heraus. Das kann besonders gut bei den Teilnehmern des Vietnam-Kongresses geschehen. Bei ihnen wird bereits ein emotionales Engagement vorausgesetzt, das mittels des Kongresses in ein rationales umgesetzt werden soll.

gez. Ernst Ludwig Zorer

Dem Bundesvorstand wird dieses Rundschreiben erst über Dritte bekannt.

26. April

Gemeinsame Sitzung der Bundesvorstände von SHB und SDS zur Vorbereitung des Kongresses in Bonn.

Es geht insbesondere um die aus den Absagen der Regierungs- und Parteivertreter zu ziehenden Konsequenzen für das Programm des Kongresses. Im Protokoll wird unter anderem notiert:

Man war sich einig, daß die geplante Abschlußdiskussion nicht durchführbar ist. Stattdessen soll nun eine öffentliche Kundgebung stattfinden, für die vorläufig Zilliacus, Bourdet, Inghilesi und ein Vertreter der veranstaltenden Verbände als Sprecher vorgesehen wurden.
Der von Schauer vorgelegte Entwurf für eine Begrüßung und Aufforderung der Teilnahme am Kongreß durch führende Vertreter der Gewerkschafts- und anderer Jugendverbände wird akzeptiert.
HSU und LSD werden aufgefordert, ihre Mitglieder auf den Kongreß hinzuweisen und zur Teilnahme aufzufordern.

1. Mai

Bei einer weiteren Besprechung der beiden Vorstände in Frankfurt teilt der Bundesvorstand des SHB mit, daß sich einige Landesverbände des Verbandes gegen die Teilnahme des SHB als Mitveranstalter an dem Kongreß gewandt hätten und daß selbst der für die Vietnam-Politik führende Landesverband Westberlin auf Grund von Diskussionen mit einzelnen SDS-Mitgliedern nur noch geringes Interesse an dem Kongreß habe. Der SHB legt neue Bedingungen, insbesondere für die Abschlußkundgebung vor. Der BV des SDS weist diese Vorschläge zwingend als praktisch unrealistisch zurück. Dagegen wird vom SHB kein wesentlicher Widerspruch erhoben. In der nächsten Tage fortgesetzten Sitzung zieht sich schließlich der Bundesvorstand des SHB aus Opportunitätserwägungen gegenüber$ einem Teil des Verbandes als Veranstalter des Kongresses zurück. Er übernimmt die Kosten für die bereits gedruckten Plakate. Der BV des SDS erklärt, er hoffe der SHB-Verstand werde seine Mitglieder zur Teilnahme an dem Kongress auffordern. Kurz danach lädt er den Vorsitzenden des SHB ein, am Kongreß teilzuhehmen und ein Grußwort zu sprechen.

4. Mai

Nach längeren Verhandlungen trifft die endgültige Zustimmung des Rektors der Frankfurter Universität zur Veranstaltung des Kongresses ein.

Der Bundesvorstand appelliert im Rundschreiben Nr.5 an die Gruppenvorstände:

Genossinnen und Genossen! Wir hoffen,es ist Euch ebenso klar wie uns, daß wir nicht nur unsere Positionen möglichst genau herausarbeiten müssen, sondern daß wir für unsere Ziele auch möglichst große politische Kraft e n t w i c k e l n, nicht doktrinär postulieren müssen. Der zweite grössere linke Studentenkongreß der jüngeren Zeit darf keinesfalls unter die politische Stärke des Bonner Kongresses fallen. Gerade weil wir den Kongreß nun alleine tragen, müssen wir die größten Anstrengungen unternehmen, organisatorisch und politisch, damit er - in der Teilnehmerzahl und Repräsentativität - möglichst stark wird. Ein schwacher Kongreß wäre eine entscheidende Niederlage für alle Ansätze antikolonialer Opposition. Wir bitten Euch dringend, die Vorbereitungen für den Kongreß, mit aller Energie voranzutreiben. Es genügt nicht, daß nur die SDS-Mitglieder oder gar nur einige davon kommen. Jetzt gerade solltet Ihr die örtlichen Gruppen der anderen Studentenverbände einbeziehen, solltet Ihr in jeder Veranstaltung mit Plakaten und Flugblättern, die wir Euch zur Verfügung stellen werden, den Kongreß populär machen. Nicht weniger wesentlich wird es sein, ob Ihr die Organisation der Reise so vorbereitet, daß wirklich alle Interessierten mitkönnen, d.h. nicht nur die SDS-Mitglieder, sondern auch nicht-organisierte Studenten, Mitglieder anderer studentenverbände und interessierte Jugendliche. Inzwischen hat der Bundesausschuß der Naturfreundejugend den Kongreß begrüßt und die Mitglieder des Verbandes aufgefordert teilzunehmen. Wir hoffen, daß noch einige weitere Funktionäre der Gewerkschaftsjugend und anderer Jugendverbände sich dazu ebenso äußern werden. Ihr solltet aber jedenfalls mit den Gruppen dieser Organisationen an Eurem Ort in Kontakt treten und sie zur Teilnahme auffordern.

5. Mai

Vom SDS-Landesverband Westberlin trifft nun mehr eine Stellungnahme zum Vietnam-Kongreß ein:

Wir sind, ebenso wie der BV, der Meinung, daß die Opposition in der BRD und Westberlin über ein Engagement in der Vietnam-Frage zu integrieren sei. Im Gegensatz zum BV sind wir aber der Meinung, daß die Integration der Opposition nicht mittels immanenter Kritik an der Verletzung bürgerlicher Normen in Vietnam geschehen kann; so sind zum Beispiel die Themen wie "Politische und juristische Probleme des Vietnamkrieges (Selbstbestimmungsrecht, Internationale Abkommen etc.)" nur geeignet, den wirklichen Prozeß (Emanzipation der "Dritten Welt" kontra "Formierung") zu verschleiern, den objektiven Prozeß nicht adäquat zu beschreiben und damit der Tendenz der Formierung nur Vorschub zu leisten. Die Opposition gegen den Vietnamkrieg in der Bundesrepublik und in Westberlin trägt heute Züge emotionellen Engagements. Innerhalb der allgemeinen Oppositionsbewegung gegen die Formierung des internationalen Kapitalismus ist sie isoliert. Aufgabe des Kongresses wäre esddaher, sie theoretisch auf den internationalen Stand zu bringen und sie damit zu einem bewußten integrierten Bestandteil der internationalen Opposition gegen die Formierung zu machen; er müßte die Funktion haben, die im internationalen Kontext schon bestehende anti-imperialistische Front auch in der Bundesrepublik aufzurichten bzw. zu verstärken. Erst von daher könnte sich die Opposition auch gegen die Notstandsgesetzgebung in der BRD als Teil der allgemeinen Opposition gegen die Formierungstendenzen des Kapitalismus begreifen. Da der Kapitalismus international organisiert auftritt können die partikularen (d.H. nationalen oder regionalen)Formierungserscheinungen wie die Notstandsgesetzgebung in der BRD, nur im internationalen Rahmen bekämpft werden, d.h. die Opposition muß eine internationalistische sein. Für den Vietnam-Kongreß bedeutet dies, daß wir das vorgefundene Engagement mittels Analyse fundieren und vertiefen müssen, um damit ein wirksames Potential gegen die Formierung zu schaffen. Die Analyse des internationalen Kapitalistischen Formierungsprozesses am Beispiel des Vietnamkrieges ermöglicht ist, den Notstand erst in dem Zusammenhang zu begreifen, in dem er bekämpft werden muß. Ausgehend von diesen Erwägungen sind wir der Meinung, daß das Kongreßprogramm modifiziert werden muß, und zwar in folgender Weise:
1. Die Seminare sollten zugleich mit der Eröffnungsveranstaltung beginnen, da sich das Interesse der Teilnehmer ohnehin nur auf das Hauptreferat beschränken wird. Letzterem wäre dadurch Rechnung zu tragen, daß den Teilnehmern die Hauptthesen des Referats schriftlich vorliegen. Das vollständige Referat wird ohnehin in dem veröffentlichten Kongreßprotokoll in absehbarer Zeit vorliegen. 2.Der frühzeitige Beginn der Seminare ermöglicht es, die Zwischenergebnisse der Arbeit in den Seminaren nach der Mittagspause allen Teilnehmern des Kongresses zur Kenntnis zu bringen. 3. Auf der Abschlußveranstaltung hätten die einzelnen Seminare ihre schon durch die Zwischenergebnisse koordinierten Arbeitsergebnisse unter dem Thema"Opposition gegen die Formierung und Emanzipation der Dritten Welt" vorzulegen. Die sich anschließende Plenumsdiskussion hätte die Seminararbeit ausführlich zu diskutieren - auch unter dem Gesichtspunkt eines möglichen organisatorischen Ausdrucks der Kongressergebnisse. 4. Die Themenplanung der Seminare muß daher folgendermaßen abgewandelt werden: Seminar I: Vietnamesische Revolution und revolutionärer Krieg:

a) Imperialismus und Emanzipation der 3. Welt (Lenin, Mao, Fanon)
b) Der revolutionäre Krieg der Vietminh (anti-kolonial,anti-imperialistisch,Krieg und soziale Revolution)
c) Refeudalisierung und Nanh Vi in Südvietnam
d) Der revolutionäre Krieg der FNL

SeminarII: Die Politik des soz.Lagers am Beispiel Vietnams

a) Systemkonkurrenz
b) Friedliche Koexistenz (Soz. in einem Land und antikol. Rev.)
c) Die Konsequenzen der chinesischen Revolution innerhalb

und außerhalb Chinas, Probleme der permanenten Rev.

Seminar III: Die Vietnampolitik des Westens
a) Systemkonkurrenz
b) Neoimperialismus und Neokolonialismus
c) Formierungsprozess des Kapitalismus und counter insurgence
(Einbeziehung Vietnam und Waffenerprobung, Exempelcharakter)

Plenum s.o.

Ausgehend von den oben angeführten politischen Erwägungen, die den Stand der Diskussion in unserem Landesverband zusammenfassen, hatten wir einen auf unseren Vorschlägen basierenden Vietnam-Kongress für die einzig mögliche Konsequenz. Wir wissen uns mit unseren Vorschlägen mit wichtigen Gruppen einig und werden mit diesen zusammen darauf hin arbeiten, daß der Kongreß die entsprechende politische Gestalt erhält. Wir bitten den Bundesvorstand dieser Entwicklung Rechnung zu tragen und uns zu unterstützen.

8. Mai

Der Bundesvorstand entsendet sein Mitglied Frank Deppe nach Westberlin, um mit dem dortigen Landesvorstand über den Vietnam-Kongreß zu diskutieren. Frank Deppe legt dem Bundesvorstand über diese Diskussion einen schriftlichen Bericht vor:

1.Vietnam-Kongreß:

Die Berliner Genossen fordern folgende Veränderungen des Kongreßprogramms: zunächst eine Zeitliche Änderung, die die Arbeitskreise früher beginnen läßt, und damit Raum schafft für eine sich an die Arbeitskreise anschließende Podiumsdiskussion, in der die Ergebnisse der Arbeitskreise zusammengefaßt werden sollen, und zugleich für die folgende Demonstration "anheizen"(Die genauen zeitlichen Änderungsvorschläge liegen dem BV bereits vor!) Inhaltlich fordern die Berliner Genossen von dieser Podiumsdiskussion, daß sie bereits vor Beginn schriftlich festliegt. Personell wurden für die Podiumsdiskussion folgende Forderungen gestellt: die Genossen Horlemann, Steinhaus, Abendroth etc.(auch hier liegt dem BV der genaue Vorschlag bereits vor) zugleich wurde gefordert, daß vor der Podiumsdiskussion eine Referentenbesprechung stattfindet, in der diese Diskussion inhaltlich und agitatorisch vorbereitet und festgelegt wird. Neben der Podiumsdiskussion fordern die Berliner Genossen, daß der Genosse Horlemann in dem Arbeitskreis III das Referat über die Asienpolitik der sozialistischen Länder hält. Außerdem haben sie eine Änderung des vorliegenden Programms vorgeschlagen: der Arbeitskreis über völkerrechtliche und politische Probleme soll aufgelöst werden; auf Conrad Ahlers, als Referent, soll verzichtet werden, während der Genosse Abendroth im Arbeitskreis IV ein Referat über sozialistische Opposition in der BRD und Vietnam-Konflikt halten soll. Das Thema 3 des Arbeitskreises II soll in: die Notwendigkeit des revolutionären Krieges in Vietnam umgewandelt werden. Als Referent wurde ich akzeptiert. Um eine Überbrückung der relativ kurzen Zeit zwischen der Podiumsdiskussion und der Demonstration zum Paulsplatz zu gewährleisten, sollen auf dem Universitätsgelände Würstchenstände aufgebaut werden. Der Demonstrationsplatz muß außerdem mit Jupiterlampen beleuchtet sein. Zudem erwarten die Berliner Genossen eine bessere Pressearbeit als bei dem Bonner Notstandskongreß. Mit diesen Forderungen und Vorschlägen zur Änderung des Kongreßprogramms verknüpften die Berliner Genossen die Form ihrer Beteiligung am Vietnam-Kongreß: falls die erste Forderung einer die Ergebnisse der Arbeitskreise zusammenfassenden Podiumsdiskussion nicht erfüllt werden sollte, drohten sie mit der aktiven Sabotierung des Kongresses,d.h. sie würden sich in diesem Falle darum bemühen, die Gruppen München und Köln - sowie andere Gruppen im Verband - zur Nichtteilnahme am Kongreß zu bewegen; außerdem würde in diesem Falle in Berlin selbst keinerlei Agitattion für den Kongreß (Plakate, Flugblätter etc.) stattfinden. Sollte der ersten Forderung stattgegeben werden (Podiumsdiskussion) der zweiten jedoch nicht (Programmänderung, Referat:Horlemann) drohten die Berliner Genossen mit einer indirekten "Sabotierung" des Kongresses: in diesem Falle würde die Werbung für den Kongreß in Berlin wegfallen, während das

"Vietnam-Kader" des Berliner SDS auf dem Kongreß die "revolutionäre" Position gegenüber der "revisionistischen" Position des Bundesvorstandes zur Geltung bringen würde. Während der Diskussion konnte im wesentlichen darüber Einigkeit erzielt werden, daß es die Funktion des Kongresses sein müsse, bei dem Gros der radikal-demokratisch eingestellten Teilnehmer Ansätze eines sozialistischen politischen Bewußtseins zu wecken, was nur durch eine Imperialismus-Analyse zu erreichen sei, die die ökonomischen Vermittlungszusammenhänge aufzeigen könne, die sich aus den Befreiungsbewegungen der "DrittenWelt" für die kapitalistischen Länder selbst ergeben. Auch bestand Einigkeit darüber, daß der Kongreß die Rolle des revolutionären Krieges in den unterentwickelten Gebieten der "Dritten Welt" als einzige Form der Bekämpfung des Imperialismus herauszuarbeiten habe. Der Kongress müßte also das Bewußtsein dafür wecken, daß Gewalt nicht prinzipiell aus pazifistischen Motiven abzulehnen sei, sondern daß sie in bestimmten historischen Situationen und sozioökonomischen Strukturzusammenhängen durchaus ein notwendiges Moment der Durchsetzung der Emanzipation sein müsse. Durch diese Bewußtmachung müßten vor allem die radikal-demokratischen Teilnehmer des Kongresses zu einem politischen Begriff des modernen Imperialismus gebracht werden, um daraus die Formen wie die Zielsetzung ihrer politischen Aktion - auch in der Bundesrepublik - zu reflektieren. Ebenfalls konnte in der Diskussion darüber Einigkeit erzielt werden, daß der Vietnam-Kongreß nicht die politische Funktion einer "schlechten Identifikation" mit den kämpfenden Nationen der "Dritten Welt" haben könne. Es wurde zugestanden, daß die Identifikation nur dann einen weitertreibenden Sinn haben könne, wenn sie letztlich zur Einsicht in eine sozialistische Praxis in den neokapitalistischen Gesellschaften selbst führt. "Schlechte Identifikation" stellt sich insofern ein, als die bloße Identifikation mit den nationalen Befreiungsbewegungen die Reflexion auf die Möglichkeiten einer den politischen und ökonomischen Herrschaftsverhältnissen des Neokapitalismus adäquaten sozialistischen Praxis verwehrt und damit letztlich in einem Kautskyanismus steckenbleibt, der sich einerseits in der Hoffnung auf von außende wirkende "objektive" Faktoren erschöpft und damit andererseits zugleich die Konzeption einer eigenen Politik, die diese Faktoren als e i n Moment der widersprüchlichen Dynamik des Imperialismus mit einschließt, ausschließt.

2. Verabschiedung eines Flugblattes zu Vietnam:

Im Anschluß an die Diskussion um die Gestaltung des Vietnam-Kongresses diskutierte der Vorstand des Berliner Landesverbandes die Verabschiedung eines Flugblattes, das die Position des SDS zu den bisherigen anti-amerikanischen Vietnam-Demonstrationen und zur Vietnam-Politik des Verbandes darlegen sollte. Das Flugblatt liegt in seiner Formulierung dem BV mittlerweile vor. Ich wies die Berliner Genossen abschließend darauf hin, daß die in dem Flugblatt vertretenen politischen Positionen denen, die zuvor in der Diskussion um den Vietnam-Kongreß vertreten worden waren, absolut widersprachen, und daß - ausgehend von dem Flugblatt - das Problem der Berliner Beteiligung am Kongreß neu diskutiert werden müsse. Ich wies außerdem darauf hin, daß diese Flugblattaktion eine weit gefährlichere Aktion sei als die "Plakat-Aktion", da sie diese nun zu einer offziellen Aktion des SDS mache.

Das Flugblatt hat folgenden Inhalt:

INFORMATIONEN

ÜBER VIETNAM UND LÄNDER DER DRITTEN WELT

Berlin, Mai 1966 **Nr. 1** Unkostenbeitrag –,10 DM

AN DIE TEILNEHMER DER BERLINER VIETNAM-DEMONSTRATIONEN

Mit immensem Aufwand versucht die amerikanische Regierung, das demokratische Gewissen zu beruhigen. Fadenscheinige juristische Konstruktionen und die Lügen der „white papers" sollen die US-Intervention in Vietnam vor einer irritierten Öffentlichkeit rechtfertigen. In den Lücken der Argumentation erscheint das Gespenst des „asiatischen Kommunismus", tönt der massive Appell an den „Pioniergeist", schwimmt die verlogene Larmoyance der Präsidententränen.

Jedermann weiß heute, wie der „cordon sanitaire" aussieht, den das Flächenbombardement produziert, wie das „Tränengas" wirkt, an dem nicht nur australische Soldaten ersticken, welches Elend die „ungiftigen Mittel" zur Vernichtung der Ernte über die Zivilbevölkerung bringen. Jedermann weiß, daß Vertreibung sich hinter der „Umsiedlung" verbirgt, daß es Konzentrationslager sind, die der Terror als „Dörfer des neuen Lebens" präsentiert, daß die „pacification" des CIA den Zwangsstaat schaffen soll, der „population control" endgültig garantiert.

All das hat man gelernt zwischen den Zeilen zu lesen, nachdem die Berichterstattung über Vietnam schon längst zu einer Farce auf alles demokratische Recht auf freie Information geworden ist. All das ist bekannt unter denen, die sich nicht abfinden können mit Regierungen, die lauthals von Freiheit reden und Flächenbombardements meinen. Umso verwunderlicher, daß es dieselben Leute sind, die sich verwundern über die Effektlosigkeit ihres weltweiten Protestes, und einen ehrlichen Frieden ernsthaft von derselben Regierung erwarten, die sie einer jahrzehntelangen systematischen Aggression überführten. „Sofortige Einstellung der Bombenangriffe auf Nordvietnam!" „Sofortiger Abzug der amerikanischen Truppen!": Vor dem Weißen Haus vorgetragen, das erklärtermaßen nach einem Waffenstillstand 20 Jahre in Südvietnam zu verbleiben gedenkt, nehmen diese Forderungen ihre Effektlosigkeit anscheinend von vornherein in Kauf. Sie setzen eine Regierung in Washington voraus, für die Vietnam ein Mißgriff, eine aufgedeckte Affaire bedeutet, leugnen die unerbittliche Konsequenz, die zur Einrichtung dieses Schlachthauses führte, und nützen unversehens allein der amerikanischen Politik, der sie damit „eigentliche" Lauterkeit bescheinigen. Die unvermittelten Sofort-Forderungen, die das Problem nicht lösen, sondern es nur vom Halse schaffen wollen, lassen die beschworene Solidarität mit der leidenden vietnamesischen Bevölkerung in einem schlechten Licht erscheinen. Die einfache demokratische Moral aller Gutgesinnten, die an den Henker appellieren, sein Opfer doch laufen zu lassen, erscheint hier plötzlich als Ignoranz, die allein ihre saubere Weste vorzeigen will.

Diese drei Kardinalfehler, ungewollte Unterstützung der US-Regierung, Identifikation mit den Opfern, die auf Kontemplation hinausläuft, Narzißmus, der sich seine Untadeligkeit selbst bescheinigt, rühren her von einer Menschlichkeit, die ohne genaue Analyse der Situation auskommen zu können meint. Wer Frieden fordert, muß danach sehen, wie dieser aussehen wird: „Unnützes Blutvergießen" findet in Südafrika nicht statt; „Ruhe und Ordnung" herrschen in Angola. Der Bürgerkrieg auf den Philippinen ist „glücklich beendet".

Die demokratisch aufrechte Gesinnung wird ihr Gewicht erst wieder gewinnen, wenn sie sich endlich an die rechte Adresse wendet, wenn sie erkennt, daß mit den Henkern im Weißen Haus nicht mehr zu disputieren ist. „Abzug der amerikanischen Truppen", „Freie Wahlen für Südvietnam", das sind Forderungen an den Vietcong, einen gerechten Frieden endlich zu erzwingen, Forderungen, die nicht hilflos bleiben in der Solidarität mit den Unterlegenen, die eine lahme deutsche Protestbewegung bis heute bejammerte, sondern die schlagkräftig werden in der Solidarität mit den Siegern, schlagkräftiger werden mit jedem abgeschossenen amerikanischen Flugzeug, mit jedem verbrannten Einberufungsbefehl. Was bis heute versäumt wurde, in den Verurteilten, die sich erfolgreich zur Wehr setzen, uns selbst wiederzuerkennen und sie darum nicht nur mit Jammer abzusingen, das ist endlich zu leisten. Unser richtig verstandenes Interesse, das einsieht, daß jeder Sieg der Vietcong ein Sieg für unsere Demokratie bedeutet, ist die Triebfeder der folgenden Blätter.

Herausgeber: Sozialistischer Deutscher Studentenbund, 1 Berlin 31, Kurfürstendamm 140, Postscheckkonto Berlin (West) Nr. 1774. Redaktion: U. Enzensberger; R. Fleischmann; P. Göng; H.-J. Hameister; J. Horlemann; G. Schmidt; R. Würgau. Verantwortlich: Ulrich Enzensberger.

Themen: Theorie und Praxis des Partisanenkriegs; Gegenguerillakrieg; Auswirkungen auf die amerikanische Demokratie; Die amerikanische Wirtschaftshilfe — Perpetuierung der Unterentwicklung; Aktuelle Kommentare; Buddhisten; etc.

AGGRESSOREN

Die Hauptursache des Konflikts ist die Aggression Nordvietnams gegen das tapfere und unabhängige südvietnamesische Volk. Gelingt es, dieser Aggression Einhalt zu gebieten, so gewinnen Volk und Regierung Südvietnams freie Hand, ihre Zukunft nach eigenem Willen selbst zu gestalten und ihre große Aufgabe der Weiterentwicklung des Landes voranzutreiben. Dann auch entfällt die Notwendigkeit amerikanischer militärischer Hilfsaktionen.

(Lyndon B. JOHNSON, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, 20. August 1965)

AGGRESSOREN

Mr. MAHON (D. Tex): Glauben Sie, daß wir den Krieg in Südvietnam allein dadurch gewinnen können, daß wir Nordvietnam bombardieren?

Minister McNAMARA: Nicht nur, indem wir den Norden bombardieren. Diese Ansicht wird nicht von allen geteilt, aber es ist auf jeden Fall meine eigene feste Überzeugung.

Mr. MAHON: Wenn Sie die Leute in Nordvietnam überreden könnten, ihre Aggression in Südvietnam einzustellen, dann würden Sie nicht durch Bombardierung Nordvietnams den Sieg erringen?

Minister McNAMARA: Ich glaube nicht, daß, solange die Vietcong im Süden militärisch erfolgreich sind, irgendein Ausmaß der Bombardierung des Nordens Nordvietnam veranlassen wird, die Aggression im Süden aufzugeben.

Mr MAHON: Wenn wir eine Politik und ein Programm zur Vernichtung (obliteration) Nordvietnams verfolgten, würde das den Krieg beenden?

Minister McNAMARA: Meiner Meinung nach würde dies nicht vollständig die nordvietnamesische Unterstützung der Operationen in Südvietnam beenden. Die meisten Waffen und die meiste Munition wird von anderen kommunistischen Staaten geliefert.

(Diskussion geht ohne Band weiter)

Mr. MAHON: Das ist natürlich ein Gesichtspunkt. General Wheeler (Chairman, Joint Chiefs of Staff), glauben Sie, daß die praktische Vernichtung Nordvietnams den Krieg in Südvietnam erfolgreich beenden würde?

General WHEELER: Ich bezweifle es, Sir...

(Testimony pps. 32-3 vor dem House Appropriations Committee in einer Ausschuß-Sitzung am 26. Januar 1966, fünf Tage vor Wiederaufnahme der Bombardierung Nordvietnams. Die zensierten Hearings wurden erst am 11. März, 6 Wochen nach der wiederbegonnenen Bombardierung, freigegeben.)

PAX AMERICANA

Minister RUSK: Wir setzen uns nicht in die Position der Polizei des Weltalls... Wir wollen der Welt keine Pax Romana aufzwingen.

Senator FULBRIGHT: Sie bestreiten, daß es Pax Romana gibt; in der Tat jedoch stehen unsere Truppen in Europa, Korea, Vietnam und in der Dominikanischen Republik. Wir unterhalten Militärmissionen bei den meisten Völkern der Welt...

Senator AIKEN: Und sind wir verpflichtet, den Kommunismus zu bekämpfen, wo immer er vorkommt?

RUSK: Nein, nein... wir unterhalten uns darüber, daß, wo immer die kommunistischen Länder darangehen, Aggressionsakte gegen all die Länder zu begehen, zu denen die USA in klarem Allianzverhältnis stehen, es unsere Pflicht ist, die Verbündeten zu unterstützen.

AIKEN: Das wären also wieviel, — 80 oder 90 Länder der Welt?

RUSK: Nein, gerade etwas über 40 Länder wären davon betroffen.

AIKEN: Nur 40?

RUSK: Jawohl.

(Sen. For. Relations Hearings on Vietnam, Teil 1.)

„Die US-Marineinfantrie braucht Sie. Die Periode der Pax Romana war die längste Zeit der Ruhe, die die zivilisierte Welt je genossen hat. Dieser Friede wurde errungen und erhalten vom Römischen Bürgersoldaten, der in Notzeiten seinem Volk zur Hilfe eilte. Heute braucht das Marineinfantrie-Corps seine Bürgersoldaten, seine Reservisten, um dem eigenen Volk und der freien Welt zur Hilfe zu kommen."

(Aufruf auf S. 1 in „The Reserve Marine", Januar 1966.)

PAZIFIKATIONSPROBLEME

Mr. DOWNS (ABC News): Herr General Greene, die Marines und Sie selbst sind sehr stolz auf die civic action und das Pazifizierungsprogramm, das die Marines zusammen mit Zivilisten in Südvietnam durchführen. Wie kommt es, daß es Ihnen nicht gelang, Da Nang zu pazifizieren?

General GREENE (Kommandant, U. S. Marines :)Nun, ich glaube, daß Da Nang pazifiziert ist...

Mr. DOWNS: ...Wir setzen Flugzeuge und B-52-Bomber ein, manchmal entlauben wir ihre Agrargebiete, wir töten Zivilisten, obwohl wir das nicht wollen... Wie ist es möglich, daß sie uns gerne sehen? Wie können wir sie pazifizieren?

General GREENE: Natürlich ist das ein Problem, dem wir uns in jeder Kampagne gegenübersehen...

Mr. DOWNS: Sprechen Sie nicht von einer Art Okkupation? Wird es so weit kommen?

General GREENE: Es ist keine Okkupation in irgendeinem Sinn dieses Wortes, denn wir haben selbst keine egoistischen Interessen dort, und die Leute erkennen das an... Je länger wir dort bleiben, umso mehr werden die Leute das einsehen.

(aus: ABC-TV Issues and Answers, 3. April 1966)

SCHULE DER NATION

General Westmoreland über seine Jungs:

Sie sind eine außergewöhnliche Truppe — gut ausgebildet, mit edelsten Beweggründen, mit einer souveränen Haltung gegenüber den komplexen Problemen, die sie umgeben. Aus diesem Kriege werden einige der besten Leute herauskommen, die dieses Land (USA) je gesehen hat. Leute, die die politischen Realitäten souverän beherrschen, die viel Erfahrung aus einer höchst komplizierten Situation gewonnen haben. In zehn oder fünfzehn Jahren wird der Kongreß voll von diesen Leuten sein. Das wird sich[illegible]d auf unsere ganze Gesetzgebung auswirken.

(Newsweek, 18. April 1966, S. 24)

8. Mai

Frank deppe berichtet nach seiner Rückkehr noch am Abend dem Bundesvorsitzenden über die Diskussion in Berlin und über das Flugblatt.

Der Bundesvorsitzende setzt sich telefonisch mit Mitgliedern des Berliner Landesverbandes in Verbindung und spricht sich gegen das Flugblatt aus. Das Flugblatt stelle eine Provokation gegen jede wie auch immer geartete Opposition gegen die US-Intervention dar, es stehe im Widerspruch zur erklärten Politik des SDS, deren Änderung nicht durch Flugblätter präjudiziert sondern nur durch die Diskussion im Verband vorbereitet werden könne. Das Flugblatt stelle eine Verletzung der innerverbandlichen Demokratie dar. Es sei politisch deshalb besonders gefährlich, weil es unmittelbar vor dem Vietnam-Kongreß den Gegnern Material gegen ihn liefere und weil es in der Woche des DGB-Kongresses in Berlin möglicherweise die vom Bundesvorstand in den Wochen zuvor aktiv betriebene Notstandspolitik desavouieren könne.

Falls das Flugblatt verteilt werde, sähe sich der Bundesvorstand nun schließlich doch zu organisatorischen Maßnahmen gezwungen.

In der Nacht versucht der Bundesvorsitzende noch telefonisch mit einigen weiteren Genossen in Westberlin Verbindung aufzunehmen. Dabei stellen immer wieder insbesondere Genossen, die in den letzten Jahren und Semestern die Arbeit im Landesverband führend bestimmt haben, fest, daß sie und ihre Argumente von den jüngeren aktiven Genossen kaum mehr zur Kenntnis genommen würden, daß die Diskussionen so unter repressivem Zwang stüden, daß von rationaler Ausarbeitung von Positionen keine Rede mehr sein könne. In einem Fall stellt sich heraus, daß ein Genosse, der sich über die Fehler des Flugblattes voll und ganz klar war, diesem zugestimmt hatte in der Furcht von der aktiven Gruppe sonst überhaupt nicht mehr als Diskussionspartner ernst genommen zu werden.

Aufgrund dieser Interventionen des Bundesvorstandes kommt es am Montagabend zu einer Sitzung des Landesvorstandes und des Landesbeirates. In deren Verlauf tritt der Landesvorsitzende zurück, weil die Mehrheit nicht bereit ist, die Verteilung des bereits gedruckten Flugblattes bis zu einer Landesvollversammlung zurückzustellen.

9. Mai

Vom Bundesvorstand werden diese Probleme auf der am selben Abend stattfindenden Mitgliederversammlung in Frankfurt zur Diskussion gestellt. Im Verlauf der Diskussion legt der Bundesvorstand ausführlich seine Position dar. Er erklärt unter anderem auch, daß er nach wie vor bereit sei - trotz der inzwischen weit fortschrittenen Vorbereitungen für den Vietnam-Kongreß mit den Berlinern über ihre Vorstellungen und ihre Beteiligung zu diskutieren - daß er diese Diskussion aber erst fortsetzen könne, wenn der Landesvorstand verbindlich erklärt habe, daß das Flugblatt nicht verteilt würde.

Die Mitgliederversammlung der Frankfurter Gruppe faßt folgende Beschlüsse, die der noch andauernden Sitzung in Berlin telefonisch übermittelt werden:

A. Die MV der Gruppe Frankfurt fordert den BV auf zu gewährleisten, daß die Vertreter des LV Berlin auf dem Vietnam-Kongreß Gelegenheit erhalten, ihre Position angemessen zu vertreten.

B. Die MV der Gruppe Frankfurt hat den ihr vorliegenden Entwurf für ein Flugblatt des LV Berlin "An die Teilnehmer der Vietnam-Demonstration" ausführlich diskutiert. Sie kam dabei zu dem Ergebnis, daß 1. die in dem Flugblatt enthaltenen Ansätze zu einer politischen Analyse der amerikanischen Agression in Vietnam nicht genügend überzeugend ausgearbeitet sind; 2. dass sich in der Vietnam-Agitation des SDS vor allem zwei Strategien abzeichnen: a) der Versuch, die amerikanische Aggression durch historische Analysen und solche Argumente öffentlich bloß zu stellen, die dem Anspruch auch der amerikanischen Demokratie entnommen sind. Hierin scheint die einzige Chance zu bestehen, öffentliche Resonanz gegen die amerikanische Position in Vietnam zu mobilisieren; b) die in dem Berliner Flugblatt-Entwurf formulierte Position. 3. beide Positionen einander ausschließen. 4. diese Positionen in der SDS-internen Auseinandersetzung diskutiert und das Ergebnis dieser Diskussion zur Basis für Strategie und Taktik des SDS werden müssen. 5. die Veröffent-

lichung des Flugblattes im gegenwärtigen Zeitpunkt - kurz vor dem Vietnam-Kongreß - dessen möglichen Erfolg erheblich würde beeinträchtigen müssen.
Die MV der Gruppe Frankfurt fordert daher den LV Berlin auf, auf eine Veröffentlichung des Flugblattes im gegenwärtigen Zeitpunkt unter allen Umständen zu verzichten und stattdessen die Gelegenheit zu nutzen, auf dem Kongreß die Meinungsverschiedenheiten auszutragen.
Die Mehrheit des Landesvorstandes in Berlin beschließt die Verteilung des Flugblattes für den nächsten Tag. In einem Gespräch mit einem Redakteur des ARGUMENT und Mitgliedes des SDS äußert der Verantwortliche des Flugblattes:
Das Flugblatt wurde an alle Zeitungsredaktionen geschickt. - Ein Verbot der linken Studentengruppen, Argument-Club und SDS, könne "uns" (diesen Studentengruppen) nur nützen; denn dann wäre eine radikale Situation geschaffen. Wir könnten von außen kommen und die Studenten noch besser mobilisieren, was im Rahmen der jetzigen Bestimmungen uns nur spärlich möglich ist. Auch würde ein Verbot des SDS in seinen eigenen Reihen von Bedeutung sein. Die Interessen würden deutlicher zu erkennen sein als jetzt.
Es komme darauf an, die diffuse Wut und die aus allen Augen starrende Angst, die wir allerorten heute beobachten können, - vom sonntäglichen Autowaschen, Krächen, vergnitzten Gesichtern auf der Straße und in Verkehrsmitteln etc. - zu konzentrieren und politisch einzuspannen. So wie es in Berkeley gewesen sei, wo der revolutionäre impetus nicht ausschließlich ein politischer war, sondern auch die Wut der Studenten über das allzu frühe schließen der Aufenthaltsräume, schlechtes Essen.

Wie man das hier bei uns konzentriert? - Durch Unruhe. Durch die Publizität, die wir durch diese Unruhe erreichen könnten, würden wir bald eine so starke Aufmerksamkeit auf uns lenken, daß die Leute in unseren Formen des Protests eine Möglichkeit sehen, ihre eigene Wut loszulassen und mitmachen. - Seit VIVA MARIA würde man wissen, das Revolution Spaß macht, und zwar einen so ungeheuren Spaß, daß wir das für uns ausnützen könnten. Wenn die Leute (die Bevölkerung) erst einmal sehen, daß es denen, die Eier auf das Amerika-Haus werfen, Spaß macht, schließen sie sich an. Sie haben dann bei andern gesehen, wie man seine Wut artikulieren kann, wovon sie vorher nichts geahnt haben. Es komme nämlich auf den Treibsatz an, das Wohin würde schon von den andern geregelt werden. Daß die Häuser, auf die die Eier geworfen werden, nicht auswechselbar sind, dafür würden wir dann schon sorgen.
Für die zu konzentrierende Wut sei es ganz egal, welchen Ursprung sie habe: selbst wenn es eine durch Rauschgift gelockerte Wut gäbe, müßte man sie einspannen. Das Ganze sei ja eine existentialistische Aktion: Das Subjekt setzt sich selber und schafft dadurch eine revolutionäre Situation.
Die Chance dafür werde immer größer im Zuge des Formierungsprozesses; denn wenn es den Leuten an ihre Autos gehe, würden sie aufstehen; ihre Autos lassen sie sich nicht nehmen. - Es komme ganz und gar nicht auf die Quantität der Protestierenden an, sondern auf eine bestimmte Anzahl von Leuten, die das Konzept im Kopf haben, mit dem sich zu identifizieren die andern angehalten werden müssen.
Der Ostermarsch ekele einen an: wie man da manierlich und in Reih und Glied und mit polizeilicher Genehmigung durch die Straßen gehe, während die Bürger - gerade vom sonntäglichen Kaffee-Tisch aufgestanden - am Fenster beruhigt oder gelangweilt zusehen. Es komme auf das Wie und das Was des Protests an. Ja, zB. Scheiben zerschlagen: wenn das genügend Leute zur gleichen Zeit machten, habe das bestimmt seine Effektivität. Das sei dann kein moralischer Protest mehr, wie derjenige, gegen den sich das Flugblatt richtet. (Und, weil das Flugblatt selber noch zu viel moralischen Appell in sich enthält, sei es schlecht.)
Der SDS müsse gespalten werden. Die abgespaltene Gruppe werde dann - das sei ein bekannter Sozialpsychologischer Mechanismus - zum Magneten, zum focus. Über kurz oder lang schließen sich die andern dann dieser ausgestoßenen Gruppe an. Ein Ausschluß einer kleinen Gruppe appelliere nämlich an den Masochismus der übrigen Leute, und an diesem Masochismus müsse man die Leute packen. Als Teil der ausstoßenden Gruppe würden sie nämlich automatisch zu Sadisten werden, was sie aber

nicht wollen. Und so schließen sie sich den Abgespaltenen an, um nicht mehr Sadisten sein zu müssen.

11. Mai

Der Bundesvorstand tritt zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Nach mehrstündiger Diskussion , in der alle Mitglieder des Bundesvorstandes sich gegen das Flugblatt aussprechen und in der die Lage im Landesverband Berlin erörtert wird, faß der Bundesvorstand mit vier gegen eine Stimme folgenden Beschluß:

Der Bundesvorstand ist der Ansicht, daß das Flugblatt der Berliner Genossen

a) die Durchführung wie die politische Effektivität des Vietnam-Kongresses ernsthaft in Frage stellt;

b) der bisherigen Vietnam-Politik des Verbandes wie vor allem aber auch der Berliner (siehe Brief an Mc Ghee) - widerspricht.

c) daß durch die Veröffentlichung des Flugblattes der Verband - ohne daß eine Diskussion gesucht wurde - vor vollendete Tatsachen gestellt wird - nur durch Zufall wurde dem Bundesvorstand der Inhalt des Informationsblattes bekannt;

d) daß durch die Veröffentlichung des Flugblattes die innerverbandliche Diskussion und deren Verbindlichkeit in so eklatanter Weise verletzt wird, daß angenommen werden muß, daß es sich hier um eine bewußte Aktion handelt, die andere verbandsschädliche Aktionen (Plakat-Aktion) bewußt fortsetzt und in der Kontinuität dieser Konzeption den Verband nicht mehr als Aktionseinheit akzeptieren will.

Der Bundesvorstand ist daher der Auffassung, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen (nach dem bisher vorliegenden Material - Flugblatt etc. - sowie den bisher vorliegenden(telefonischen) Äußerungen der Berliner Genossen) der Ausschluß der Verantwortlichen der Flugblattaktion nicht zu umgehen ist.

Der Bundesvorstand ist jedoch bereit und hält es für unerläßlich, die in dem Flugblatt vertretenen politischen Positionen wie deren verbandspolitischen Implikationen mit dem Berliner Landesverband zu diskutieren. Er verlangt daher, daß bis Mitte nächster Woche eine Vollversammlung des Berliner Landesverbandes stattfindet, auf der diese Diskussion ausgetragen wird. Erst nach dieser Vollversammlung wird der Bundesvorstand über das Problem des Ausschlusses der Verantwortlichen der Flugblattaktion endgültig beschließen.

Das Berliner Mitglied des Bundesvorstandes verhandelt noch während der Sitzung mit dem Landesvorstand in Westberlin wegen der Einberufung einer Vollversammlung. Trotz des Rücktritts des Landesvorsitzenden ist diese erst für nach Pfingsten in Aussicht genommen.

Der Bundesvorstand erklärt, er sei nunmehr nicht mehr bereit mit dem Landesverband noch über Veränderungen des Vietnam-Kongresses zu verhandeln, da das Flugblatt ja inzwischen verteilt worden sei.

12. Mai

Der Landesvorstand in Berlin beruft eine außerordentliche Vollversammlung für Mittwoch, den 18.5. ein. Die Mitglieder des Landesverbandes werden nun über die ganze Angelegenheit so informiert:

Tagesordnungspunkte der a.o.LV-Vollversammlung:

1. Diskussion mit dem 1.Bundesvorsitzenden des SDS, H. Schauer, über die vom BV gegen den Berliner SDS erhobenen Vorwürfe im Zusammenhang mit der Vietnam-Politik unseres Verbandes;
2. Diskussion über den vom BV geplanten Vietnam-Kongreß in Frankfurt/M. am 22. Mai.

Hauptgegenstand der Vorwürfe des BV gegen den Berliner SDS ist die Nr.1 der vom Berliner Landesverband herausgegebenen "Informationen über Vietnam und Länder der Dritten Welt", worin der BV eine Präjudizierung der Haltung des Gesamt-SDS zur Vietnam-Frage erblickt. In diesem Zusammenhang hat der BV gedroht, folgende Berliner Genossen aus dem SDS auszuschließen: Ulrich Enzensberger, Jürgen Horlemann, Ruth Fleischmann, Peter Gaeng, Hans-Joachim Hameister, Götz Schmidt

und Rainer Würgau. Deren Ausschluß soll erfolgen, weil die "Inforamtionen" entgegen dem Willen des BV in Frankfurt vor dem geplanten Vietnam-Kongreß veröffentlicht wurden und weil darüber keine Diskussion stattgefunden habe. Tatsächlich haben Landesvorstand und Landesbeirat in einer a.o. Sitzung am Sonntag, 8. Mai, einstimmig die Veröffentlichung der "Informationen" für Montag beschlossen. Nachdem die Ausschlußdrohung des BV hier bekannt geworden war, fand am Montag, 9.5. wiederum eine a.o. Landesbeiratssitzung statt. Sie beschloss:

- mit überwältigender Mehrheit die "Informationen" dennoch am folgenden Tag (Dienstag) herauszugeben;
- sich gegen die angedrohten administrativen Maßnahmen zu verwahren und die Streitfrage nicht autoritativ, sondern mittels Diskussionen zu klären;
- den Rücktritt des 1. Landesvorsitzenden (Scheidler) zur Kenntnis zu nehmen, der von den übrigen Landesvorstandsmitgliedern, in der Frage der Herausgabe der "Informationen", am Montag überstimmt worden war.

Für den Bundesvorstand ergibt sich nun die schwierige Situation, sollten die Diskussionen keine ausreichende Klärung herbeiführen können, sich entsprechende administrative Maßnahmen gegen Redaktion, Landesvorstand und -Beirat auszudenken. Er muß darüber hinaus begründen, weshalb der Berliner SDS nicht an der Vorbereitung des Vietnam-Kongresses beteiligt wurde und an der Durchführung auch nicht beteiligt werden soll.

12. Mai

Auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung setzt die Gruppe Frankfurt ihre Diskussion über die Vorgänge in Berlin und die Vietnam-Politik des Verbandes fort. Schließlich kommt es zu einer Resolution:

1. Die Gruppe Frankfurt mißbilligt die Verteilung des Vietnam-Flugblattes vom 10.5.1966 durch den Landesverband Berlin des SDS.
2. Die Gruppe Frankfurt fordert den BV auf, sich mit politischer Begründung vom Inhalt des Flugblattes zu distanzieren. Falls die Öffentlichkeit von dem Flugblatt keine Notiz nimmt, soll die Distanzierung verbandsintern geschehen.
3. Die Gruppe Frankfurt fordert eine allgemeine Diskussion im Verband über die mit dem Flugblatt zusammenhängenden Fragen, insbesondere die Möglichkeiten einer effektiven Opposition in der Bundesrepublik gegen den imperialistischen Krieg der USA in Vietnam. Dazu ist es notwendig, die Verbandsöffentlichkeit zu aktivieren, um eine gute Information über das Vietnamproblem zu gewährleisten. Wir meinen, daß die nicht zufällige Krisensituation des SDS Anlaß sein sollte, eine umfassende Reflexion der Zusammenhänge zwischen der inneren Situation des Verbandes und seiner Politik einerseits und den internationalen und innenpolitischen Machtverschiebungen andererseits zu erneuern.
4. Die Gruppe Frankfurt ist der Ansicht, daß eine Suspension der für das Flugblatt vom Mai 1966 verantwortlichen Genossen dann gerechtfertigt ist, wenn a) diese sich der innerverbandlichen Diskussion ihrer politischen Vorstellungen entziehen; b) diese darauf bestehen, weitere Flugblätter zu verteilen, bzw. Aktionen zu unternehmen, die die Konzeption der illegalen Aktion beinhalten, was nach Ansicht der Frankfurter Gruppe ein verbandsschädigendes Verhalten dastellen würde.
5. Die vom BV in seinem Beschluß vom 11.5.1966 formulierten Ausschlußbedingungen haben sich durch die Einberufung einer Landesvollversammlung in Berlin geändert. In dieser Einberufung sieht die Gruppe Frankfurt die Bereitschaft des LV-Berlin, die politische Auseinandersetzung im Bundesverband mit angemessenen Mitteln zu führen.

Ein Mitglied der Gruppe Heidelberg hat an der insgesamt etwa zehnstündigen Diskussion noch die letzten drei Stunden teilgenommen. Die Gruppe gibt folgende Stellungnahme von sich:

16. Mai

Schluß mit Wehner-Praktiken im SDS!

Resolution des SDS-Heidelberg zu dem gegen Berliner Genossen gerichteten BV-Beschluß vom 11.5.66.

1. Wir halten das inkriminierte Flugblatt für brauchbar.
2. Immanente Kritik (Brief an MC Ghee) und externe Standpunkte (Solidarisierung mit Vietkong in info 1) sind in der sozialistischen Strategie seit eh und je kompatibel.
3. Der Vorwurf, info 1 gefährde den Vietnam-Kongreß, ist eine bloße Fiktion.
4. Die eigentliche Kontroverse, die im orakelhaften Punkt d) des BV-Beschlusses angedeutet zu sein scheint, besteht wohl in der revolutionären Phantasie der einen und der "realpolitischen" Attitude der anderen. Während die Berliner auf die Bundesrepublik der Notstandsgesetzgebung, der Fromierten Gesellschaft, wo Arbeiterführer vom Typ Leber mit Südafrika-Komplicen vom Typ Strauß das deutsche Gemeinschaftswerk vollbringen, fixiert sind, flüchtet sich der Bundesvorstand in weltgeschichtliche Gedanken und Erinnerungen. (s. Programmentwurf, nk 34)
5. Angesichts der Programmdiskussion im SDS käme der Ausschuß der Berliner Genossen einer Präjudizierung zugunsten der Auffassung des BV und der ihn beratenden Honoratioren gleich.
6. Der SDS-Heidelberg fordert deshalb den BV auf, auf Sanktionen gegen die Berliner Genossen zu verzichten. Im Falle eines Ausschlusses würden wir uns mit den Betroffenen solidarisch erklären.

16. Mai — Inzwischen regt sich im SHB Kritik am Rückzug von dessen Bundesvorstand. Landesverbände bitten darum, als Mitveranstalter beteiligt zu werden. Die SHB-Gruppe Frankfurt verteilt an der Universität Frankfurt noch zusätzlich ein eigenes Flugblatt, in dem sie zum Kongreß aufruft und kritisiert, daß der SHB-Bundesvorstand sich nicht beteiligt.

18. Mai — Vollversammlung in Berlin.

In einem an die SDS-Gruppen gerichteten Rundschreiben berichtete der Berliner Landesverband unter dem Datum vom 21. Mai darüber:

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir halten es für wichtig, Euch über die letzten Vorgänge in Berlin zu informieren, da sie in die allgemeine Strategie-Diskussion des SDS gehören.
Ihr Anlaß war das Euch vor einiger Zeit zugestellte Flugblatt "Informationen über Vietnam und Länder der Dritten Welt". Nach ausführlichen Diskussionen war dessen Erscheinen von Landesvorstand und Landesbeirat beschlossen worden. Mit dem Flugblatt sollte an die Entwicklung und Wandlung der inneramerikanischen Oppositionsbewegung angeknüpft werden, die, nachdem ihre Proteste die amerikanische "Friedensoffensive" mit veranlaßt hatten, eine neue Form des politischen Handelns suchen mußte (Staughton, Lynd, Nonviolent Aktion, Civil Disobedience etc.). Die Intention des Flugblattes war, um die vorangegangene Diskussion im Landesbeirat wiederzugeben, den vorwiegend moralischen Protest der Protestierenden aufzudecken als einen, der notwendig ihren subjektiven Intentionen zuwiderläuft, um ihn dann fruchtbar zu machen für eine politische Diskussion. Das Flugblatt sollte in diesem Zusammenhang versuchen, zunächst aus einer moralischen Position, die bislang einziger gemeinsamer Nenner der bundesrepublikanischen Proteste gegen den amerikanischen Vietnam-Krieg ist, die Radikaldemokraten zu zwingen, in Diskussionen die bisherige Praxis zu überdenken. Um diesen Prozeß einzuleiten, schien es der Redaktion notwendig, gleichzeitig moralischen Protest zu aktivieren, um ihn zu politisieren. Wie weit die "Informationen 1" diesem Zweck gerecht werden, mögt Ihr selbst beurteilen. In Berlin hatten sie keine sichtbare Wirkung, außer im SDS selbst. Im Verlaufe der Diskussionen trat der Landesvors. zurück, nachdem er zunächst der Herausgabe der "Informationen 1" zugestimmt hatte, dann aber nach Änderung seiner Meinung vom Landesvorstand und -Beirat überstimmt wurde. Vor und nach Erscheinen des Flugblattes drohte der BV mit dem Ausschluß der Redaktionsmitglieder. Er sah in dem Flugblatt ein Abgehen von der politischen Linie des SDS, wie sie sich unter anderem im Vietnam-Kongreß äußerte, und erkannte in den "Informationen" die Präjudizierung einer neuen Praxis durch den Berliner Landesverband, die den Verband, den Vietnam-Kongreß und den Gewerkschaftskongreß

(Parlament der Arbeit - 7. Bundeskongreß des DGB in Berlin) gefährde. Auf Einwirken des BV hin und um den Bedingungen der Herausgabe des Flugblattes zu genügen, fand am Mittwoch, den 18.5., eine a.o. Landesvollversammlung unter Beteiligung zweier Vertreter der Frankfurter Gruppe und des BV (mit Ausnahme des Genossen Dabrowski) statt. Die achtstündige Diskussion ergab eine Mißbilligung des Flugblattes als Ausdruck einer politischen Konzeption, die so undiskutiert und unklar dargestellt, nicht der Intention der meisten Mitglieder entsprach. Dieser Kritik schlossen sich die Redaktionsmitglieder, sowie Beirat und Vorstand an. Institutionellen Ausdruck fand die Diskussion dann in der Zusammenstellung der neuen Redaktion für die weiteren "Informationen": die alte Redaktion wurde um vier hinzugewählte Mitglieder erweitert. Jedes Flugblatt wird vor Erscheinen des Landesbeirat vorgelegt; besteht eine politische Meinungsverschiedenheit über den Inhalt innerhalb der Redaktion mit nur einem der Mitglieder, müssen alle Genossen zum Beirat geladen werden, um über den vorliegenden Text zu diskutieren. — Der BVors. Genosse Schauer verurteilte dieses Votum des Landesverbandes und ließ erkennen, daß nach wie vor den Mitgliedern der alten Redaktion der Ausschluß aus dem SDS droht. Der Berliner LV glaubt nicht, daß, trotz aller Vorwürfe und Bedenken gegen dieses Flugblatt, die von der alten Redaktion geteilt werden, ein Ausschluß der Redaktionsmitglieder eine adäquate Antwort auf deren Fehler sein kann, sondern daß das Flugblatt eine Schwierigkeit des gesamten Verbandes widerspiegelt - nämlich die einer Praxis ohne ausdiskutierte Strategie.
Wir bitten Euch daherdringend um Stellungnahmen zu den Berliner Ereignissen gegenüber dem Bundesvorstand, um ihm die Entscheidung hinsichtlich des Ausschlusses der 6 Berliner Genossen zu erleichtern. Für eine Kopie wären wir Euch dankbar.

Mit freundlichen Grüßen gez. Der Landesvorstand und Landesbeirat. i.A. J. Horlemann.

18. Mai — Die Landesvollversammlung in Berlin wird mit einer Erklärung des zurückgetretenen Landesvorsitzenden eröffnet. (Begründung seines Rücktritts). Dann hält der Genosse Horlemann für die Flugblattredaktion und den Landesvorstand ein Referat, in dem er eine Kritik des Flugblattes formuliert und allgemein zur Lage des SDS und seiner Politik Stellung nimmt.(Der BV hat um das Referat zum Abdruck in dieser Korrespondenz gebeten. Es ist ihm nicht zur Verfügung gestellt worden. Stattdessen haben die Berliner Genossen zugesagt, ihre Position für die neue kritik zu formulieren.)

Der Bundesvorsitzende stellt in einem Referat die Position des Bundesvorstandes zur Vietnam-Politik des SDS und seine Kritik an dem Berliner Flugblatt dar, deren gekürzte und leicht überarbeitete Fassung den folgenden Wortlaut hat:

"Der entscheidende Widerspruch der gegenwärtigen weltgeschichtlichen Epoche ist die Kolonialrevolution, daher muß fraglos jede Politik reformistisch sein, die sich nicht bewußt mit den konkreten Erscheinungen dieses Prozesses vermittelt.
Das heißt aber weder abstrakte moralische Solidarität mit den Opfern des Imperialismus, noch aktivistische Fixierung auf die Gewaltformen der Auseinandersetzung. Unser wesentlichster Beitrag zur Weiterentwicklung der Opposition gegen imperialistische Politik muß im Aufbau einer Imperialismus-Theorie bestehen, die aus der Analyse der konkreten Erscheinungen die Vermittlungen der Kolonialrevolutionen auf die innere Lage des Kapitalismus ~~zeigen kann~~ feststellt und so zeigen kann, wo imperialistische Politik konkret in Widerspruch zu den objektiven Interessen der arbeitenden Klassen in den kapitalistischen Ländern. Es kommt darauf an, bewußt zu machen, daß dieser Interessenwiderspruch besteht, obwohl die Arbeiterklassen in Westeuropa und Nordamerika am Profit des Imperialismus partizipieren. In der Bundesrepublik hat die Opposition gegen die Vietnam-Politik der USA schon deshalb moralischen und oft widersprüchlichen Charakter, weil die Bundesrepublik nur in nebensächlicher, äußerst vermittelter, jedenfalls nicht in handgreiflich erschütternder Weise in den Vietnam-Konflikt hineingezogen ist. Das Flugblatt, ebenso wie der Plakattext, verharmlosen aber

prinzipell die Wirkungen der Kolonialrevolution auf die kapitalistischen Länder. Zwar ist jedes abgeschossene amerikanische Flugzeug in der Tat ein Sieg der demokratischen Befreiungsbewegung und insofern ein Fortschritt der revolutionären Demokratie im Weltmaßstab, aber die sich in den militärischen Auseinandersetzungen ausdrückende Verschärfung der Widersprüche in den kolonialen Ländern ist noch kein Sieg der Demokratie - weder dort noch gar in den kapitalistischen Ländern.

Im Gegenteil: Die Verschärfung des aggressiven Charakters des Imperialismus führt zu autoritären Strukturen und zu faschistischen Tendenzen in den kapitalistischen Ländern. Es kommt darauf an, die Unvereinbarkeit von Demikratie und Imperialismus zu zeigen und denen, die sich ernsthaft gegen Faschismus wenden, klarzumachen, daß sie notwendig auch gegen imperialistische Politik kämpfen müssen. Unsere Aufgabe besteht darin, eine antiimperialistische Bewegung aufzubauen, die in jedem Moment konkret politisch die Befreiungsbewegung unterstützt und hier eine Alternative zur jeweiligen Erscheinung des Imperialismus formuliert und für diese kämpft, um damit die Tendenz des Kapitalismus zu behindern, die von ihm erzeugten Widersprüche in den Kolonialländern in seinem Interesse und mit seinen barbarischen Mitteln zu lösen. Nur so können die Widersprüche des Systems verschärft werden und nur so kann die Solidarität mit den Opfern des Imperialismus, die durch ihren Befreiungskampf das System erschüttern, zu einem antikapitalistischen Ansatz in seinen Metropolen werden.

Aber gerade das weist das Flugblatt zurück. Natürlich ist es falsch und verschleiert die tatsächlichen Verhältnisse, wenn man an die Regierung Johnson appelliert, den Krieg und die Intervention zu beenden. Johnson und die ihn stützenden Mächte in den USA sind in diesen Konflikt inzwischen so verstrickt, er hat mittlerweile solche Bedeutung erhalten, daß man auf gefährliche Weise "Vom Ochsen Milch verlangt", wenn man an Johnson appelliert. Es kommt aber darauf an, unsere politischen Tagesziele zu formulieren, nicht für Johnson, aber für die, die wir für uns gewinnen und in unsere Bewegung hineinziehen wollen.

Die FLugblattverfasser schütten das Kind mit dem Bade aus und fordern von der FNL "einen gerechten Frieden endlich zu erzwingen". Die FNL hat zweifellos nur auf diese Aufforderung aus der sicheren Bundesrepublik gewartet, um sich nun endlich völlig auf den Sieg über die Amerikaner zu konzentrieren. Überdies gibt es kaum einen Zweifel, daß der Vietkong die Amerikaner nicht militärisch besiegen kann. Es geht um den politischen Sieg, und dazu bedarf es ja gerade der anti-imperialistischen Opposition in den USA und den anderen westlichen Ländern. Die in dem Flugblatt zutage tretende Ästhetisierung von Politik, die Affinität zur bloßen Gewalt, die Identifikation mit den Siegern ist schließlich potentiell konterrevolutionär. Die Geschichte der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik und vielfach auch zuvor - so 1933 - ist die Geschichte der Niederlagen der Arbeiterklasse. Trotzdem und gerade deshalb sind wir solidarisch mit ihr und ihren Kämpfen. Unsere Solidarität mit Vietnam ist schließlich auch keine Solidarität mit den Gewalttätigen, sondern mit den Opfern, denen ein barbarisches System nur die Antwort der Gewalt auf die Gewalt läßt.

Wir können dann etwas bewirken, wenn es uns gelingt, unsere Absichten anschaulich zu machen, d.h. sie so konkret und verbindlich zu vertreten, daß sie möglichst unmittelbar zugleich als aktuelle Gegenposition zu der falschen Realität erscheinen, die die Menschen täglich erfahren. Das gilt auch für Vietnam. Unsere zentralen politischen Forderungen sind die nach dem Abzug der amerikanischen Truppen und - in der Bundesrepublik - nach Einstellung jeglicher Hilfe an die USA oder an Ky. Diese Forderungen sind realistisch, d.h. sie bieten die einzige Möglichkeit zur Lösung der Widersprüche in Vietnam auf menschliche Weise. Sie sind sozialistisch, weil sie den Kampf der Befreiungsbewegung unterstützen. Deren Erfolge sind jedenfalls ein Fortschritt der antikapitalistischen weltgeschichtlichen Tendenz und als Beweis für die Möglichkeit effektiven Kampfes gegen imperialistische Politik ein Fanal für die Kolonialrevolution in anderen Teilen der Welt. Von Vietnam als einem Exempel zu sprechen, ist auf ganz unmittelbare Weise berechtigt, weil hier tatsächlich schon bewußt um die

anderen revolutionsträchtigen Länder mitgekämpft wird. Unsere zentrale Forderung, die wir der gesamten kolonialen Konterrevolution entgegenhalten müssen, ist die nach Selbstbestimmung für diese Völker, und diese Forderung ist sozialistisch wegen des zwiespältigen - sowohl nationalen als auch sozialrevolutionären - Charakters der Kolonialrevolution.

Aus diesem Grund hat ja die Opposition gegen den Vietnamkrieg in den westeuropäischen kapitalistischen Ländern (und auch in der Bundesrepublik), die sich diesen aus der aktuellen Lage in Vietnam leicht einsehbaren Forderungen anschließt, relativ unmittelbar militant sozialistischen Charakter. Von der Kolonialrevolution geht überhaupt eine Erschütterung jedenfalls des ideologischen Systems des Kapitalismus aus, die in allen westeuropäischen Ländern die Tendenz zur Befestigung und Neubildung sozialistischen Bewußtseins bedeutend fördert.

Freilich dürfen wir nicht beim Kampf um unmittelbare Tagesforderungen stehenbleiben - seien sie ihrer eigenen Logik nach noch so sozialistisch. Für uns kommt es darauf an, den kritischen Ansatz, der durch den politischen Kampf um die Tagesforderungen geschaffen wird, und das Bewußtsein derer, die durch unsere Alternativen in die Opposition hineingezogen werden, weiter zu entwickeln. Das ist aber erst in zweiter Linie eine organisierte Aufgabe, in erster Linie ist es eine politische. Aktuelle moralische Radikalität kann schon gar nicht zu sozialistischem Bewußtsein weiterentwickelt werden durch bloße Manipulationen, die der Gewalt des Imperialismus abstrakt Gewalt gegenüberstellen wollen, d.h. die aus dem System entstehenden Aggressionen ohne weiteres gegen es wenden wollen und zwar gerade mit verschleierter Gewalt. Sie könnte nur dazu führen, daß die Voraussetzungen für die tatsächliche Entwicklung von revolutionärem Bewußtsein - nämlich die aus gemeinsamem Kampf um gemeinsame Forderungen resultierende Solidarität - erst recht zerstört würde.

Der einzige Weg ist der (übrigens im Kommunistischen Manifest für eine ganz ähnliche Lage der Sozialisten angegebene), daß wir innerhalb der Gesamtbewegung über den unmittelbaren historischen Moment hinausgehen, d.h. indem wir unsere Tagesforderungen aus ihrem gesellschaftlichem Ursprung, aus der Klassenstruktur der kapitalistischen Gesellschaft konkret erklären, aber beileibe nicht dogmatisch postulieren.

Das gilt auch für den anderen im Vordergrund unseres politischen Kampfes stehenden Punkt: den Kampf um die Demokratie.

Die Krise der politischen Demokratie erreicht in der Bundesrepublik mit den Notstandsgesetzen eine solche Schärfe, daß sie den selbstbewußteren Teil der alten Arbeiterbewegung, gerade aber auch junge Leute in radikalere Opposition drängt. Zwar ist auch die generelle Ablehnung der Notstandsgesetze noch nicht unmittelbar sozialistisch, wenn sie auch zur Entwicklung sozialistischer Politik insofern beiträgt, als sie den Kampfboden für die sozialistische Bewegung herstellt und sichert. Sozialistisches Bewußtsein aber entsteht in dieser Bewegung erst dadurch, daß wir denen, mit denen wir solidarisch diesen Kampf führen, erklären, wie es zu ihm kommt.

Allein auf diese Weise können Positionen entstehen, die einmal über die bloße Verteidigung hinausführen werden. Es ist verdinglicht, alles bloß als radikaldemokratisch zu verketzern, was einem falsch erscheint. Nicht nur ist der Sozialismus immer radikale, d.h. inhaltlich bestimmte Demokratie gewesen. Es ist auch gar nicht anders zunerwarten, als daß die meisten der zu uns kommenden Genossen bestenfalls radikale Demokraten oder humanitäre Kriegsgegner sind. Woher sollten sie, da sozialistische Thesen kaum in die Öffentlichkeit zu dringen vermögen, auch sozialistische Anschauungen haben? Es ist unsere Aufgabe, ihnen mit Geduld und Solidarität den Sozialismus begreiflich zu machen. Die konterrevolutionären Elemente, die die radikaldemokratische Tendenz mit sich bringen, treten aber im SDS eher als Linksradikalismus im Sinne Lenins auf. Insofern ist die repressive Verfolgung unbestimmter "radikaldemokratischer" Erscheinungen im SDS durch linksradikale Genossen bloße Überkompensation.

Insbesondere kommt es aber darauf an, daß wir nicht nur in einzelnen Ansätzen die Einheit unserer

Positionen hervorheben, sondern daß wir auch inhaltlich den Zusammenhang der einzelnen Tagesforderungen und -bewegungen herausarbeiten und bewußt machen. Nur so kann die partielle Kritik schließlich zur bewußten Kritik der Totalität des Kapitalismus und zur Einsicht in die Notwendigkeit des Sozialismus kommen.

Die Lösung besteht also weder darin, sich aus den Tageskämpfen zurückzuziehen oder sich von ihnen durch Voluntarismus zu isolieren um nur noch das abstrakte Gegenprinzip hochzuhalten, noch darin, in bewußtlosem Aktivismus aufzugehen.

Wir müssen, wie das im Manifest formuliert ist, kämpfen "für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklasse, aber wir vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung."

Da die gegenwärtige Bewegung und ihre Tageskämpfe eben noch nicht am Ziel sind, kommt es darauf an - und das ist die Aufgabe der Sozialisten innerhalb der oppositionellen Ansätze - beides „b e w u ß t miteinander zu vermitteln, praktisch durch ihre eigene politische Arbeit und theoretisch in ihren Erklärungen und Diskussionen.

Verbandspolitisch bedeutet das Flugblatt die Fortsetzung der Plakataktion, weil es ebenso wie diese die Diskussion im Verband umgeht und den Verband durch Erklärungen nach außen auf eine bestimmte politische Linie festlegen will. Diese Fragen sind schon im Zusammenhang mit der Plakataktion gerade in Berlin ausführlich diskutiert worden und müßten auch den Verfassern bekannt sein. Der Bundesvorstand mußte daher annehmen, daß diese Pression nunmehr bewußt gegen den Verband ausgeübt werde.

Wenn es nicht mehr gelingt, die Aktionseinheit des Verbandes nach außen wenigstens annähernd zu erhalten, dann ist das Ende des Verbandes überhaupt - es handelt sich hier um eine existentielle Frage, gerade deshalb, weil sich aus der Aktionseinheit, aus dem Kampf um gemeinsame Ziele auch die Solidarität ergibt, die die Entwicklung weiterreichender Positionen ermöglicht.

Der Bundesvorstand hat nach der Plakataktion organisatorische Maßnahmen abgelehnt; nach deren Diskussion hat er erklärt, es könne keine Wiederholung geben. In diesem Falle sei er im Interesse der Existenz des Verbandes tatsächlich gezwungen, organisatorische Maßnahmen zu ergreifen.

Die gegenwärtige Lage im Landesverband bedeutet die schleichende Spaltung des Verbandes. In dem Flugblatt und der Art und Weise seiner Behandlung bis zur Verteilung kulminiert ja nur die gesamte repressive Tendenz, welche die wirklich rationale Ausarbeitung von Positionen verhindert.

Gerade jetzt kommt es darauf an, bewußt zu machen, daß die relativ große Isolierung in der die Sozialisten sich in der Bundesrepublik befinden, die inneren Widersprüche verschärft und die Neigung zur Verfestigung von Gegensätzen unter uns vergrößert. Dem ist nur durch den aktiven Kampf gegen den gemeinsamen Feind, nur durch eine genau bestimmte Praxis entgegenzuwirken.

Im Gegensatz dazu bringt das Verhalten der Flugblattinitiatoren eine Schizophrenie hervor, die tödlich sein muß. Nicht nur findet die Diskussion und Kritik von offensichtlich fragwürdigen Aktionen, wie bei der Plakataktion und jetzt bei dem Flugblatt immer erst nach der doch verbindlichen Festlegung nach außen statt - die Diskussion droht allmählich überhaupt unterzugehen. Das zeigt sich daran, daß ein Mitglied des Landesbeirates dem Flugblatt in voller Kenntnis seiner Fehler dennoch zugestimmt hatte, weil er fürchtete sonst in Zukunft als Diskussionspartner überhaupt nicht mehr akzeptiert zu werden; das zeigt sich auch daran, daß diesmal die massive verbindliche Kritik des Bundesvorstandes nötig gewesen ist, um eine Diskussion zustandezubringen, die der Bedeutung der Sache gerecht wird.

Auch im Verhältnis zum Bundesvorstand zeigt sich die Desintegration des Landesverbandes. Seit zwei Semestern ist die Kommunikation fast völlig abgerissen.

Auf diese Weise ist es auch dazu gekommen, daß der Landesverband ganze drei Wochen vor dem Vietnam-Kongreß mit einer völlig neuen Konzeption für diesen erschien, obwohl der Bundesvorstand seit Januar seine Konzeption vorgelegt hatte. Nachdem der Landesverband nun das Flugblatt verteilt hat, ist der

Bundesvorstand nicht mehr bereit, mit dem Landesverband noch weiter über den Vietnam-Kongreß zu verhandeln; das läßt sich auch durch Sabotagedrohungen nicht mehr ändern.
Es entspricht überhaupt nicht der innerverbandlichen Solidarität, wenn einerseits Drohungen ausgestoßen werden, andererseits zugleich die innerverbandliche Diskussion verweigert wird. Weder sind - trotz mehrmaliger Aufforderung - die Diskussionen im Anschluß an die Plakataktion referiert worden, noch wurde sonst die Arbeit des Landesverbandes für den Gesamtverband fruchtbar gemacht. (vgl. z.B. S.4 dieser Korrespondenz) Die Vietnampolitik des Landesverbandes weist inzwischen überhaupt merkwürdige Kurven auf. Noch vor einem Jahre warf man dem Bundesvorstand Dogmatismus vor, weil er - gegen die Ansichten einiger Berliner Genossen - den Klassencharakter des Vietnamkrieges hervorgehoben und die Verbandspolitik entsprechend bestimmt hatte. Dann haben einige der aktiven Genossen - mit welcher Begründung auch immer - die Plakataktion mitgemacht. Danach wollte man mit Vertretern der US-Regierung bei einem teach-in diskutieren; noch vor acht Wochen, zu einem Zeitpunkt also, zu dem mit der Teilnahme von US-Vertretern kaum mehr gerechnet werden konnte, hat man sich noch ohne weiteres um sie bemüht, statt wenigstens aus ihrer Absage ein Argument zu machen und zu zeigen, wer eigentlich undemokratisch ist, sich der Diskussion entzieht und auf die Macht pocht.
Noch vor acht Wochen hatte der Landesverband dem Vertreter der "Henker im Weißen Haus" in der Bundesrepublik dargelegt, im Zusammenhang mit der Vietnamfrage zeige sich "ein innerdeutscher Aspekt als besonders gefährlich: die Identifizierung von Gegnern der Politik der amerikanischen Regierung mit Kommunisten".
Das Flugblatt korrigiert diese Positionen und formuliert nun wieder neue Fehler. Ob aber dieser Selbstverständigungsprozeß über das politische ABC immer exhibitionistisch in aller Öffentlichkeit in Flugblättern und Erklärungen vorgeführt werden muß, ist doch fraglich.
Um nochmals die Perspektiven des Bundesvorstandes zum Vietnam-Kongreß zu erläutern: Die Opposition soll durch Vereinheitlichung und Verallgemeinerung auf Ansätze sozialistischen Bewußtseins weitergetrieben werden. Es handelt sich bei dem Kongreß aber weder um ein Seminar noch um eine Delegiertenkonferenz des SDS, vielmehr geht der Kongreß vom Bewußtsein derer aus, die mit uns gegen den Krieg in Vietnam protestieren. Daher behielt der Bundesvorstand seine Konzeption bei, auch nachdem der SHB als Veranstalter ausgestiegen war; er wollte allen radikalen Gegnern der US-Intervention in Vietnam die Beteiligung ermöglichen und sie sind ja durchaus nicht alle Sozialisten. Der Sinn des Kongresses liegt doch darin, die radikalen Gegner der Vietnampolitik auf weiterreichende, also sozialistische Positionen zu bringen.
Der Bundesvorstand sieht seine Politik auch gerade darin bestätigt, daß der Rückzug des SHB-Vorstandes dem Kongreß bisher nicht wesentlich geschadet, sondern nur die Diskussion innerhalb des SHB gefördert hat. Die fortgeschritteneren Mitglieder wenden sich jetzt gegen ihren Vorstand und ihre Beteiligung dürfte kaum kleiner sein, wenn der SHB offizieller Mitveranstalter wäre. Es ist überhaupt formalistisch, das Verhältnis des SDS zu den anderen Studentenverbänden allein mit Kategorien wie Koalition oder Nicht-Koalition bestimmen zu wollen. Die Politik des Bundesvorstandes gegenüber dem SHB und den anderen Gruppen ist spätestens seit der Übernahme der Hochschuldenkschrift des SDS als gemeinsamer theoretischer Grundlage durch die anderen Verbände auch tendenziell nicht mehr mit den Kategorien der Volksfront sondern schon eher mit denen der Einheitsfront zu fassen. Es kommt darauf an, diese Politik jeweils konkret zu entwickeln. Das gerade verhindert die sich im Gerede von radikaldemokratischen Positionen ausdrückende Unsicherheit.
Die Tendenz, die sich in dem Flugblatt ausdrückt, durchkreuzt diese Politik. Sie denunziert die Opposition gegen die US-Intervention vor dem Gegner und versichert ihm, daß diese Opposition schwach und lahm und keineswegs ernst zu nehmen sei. Sie betreibt insofern objektiv unmittelbar die Geschäfte des Gegners, innerhalb der Opposition. Dies vor allem auch deshalb, weil es durch den ausdrücklichen öffentlichen Angriff auf einen Teil der Opposition die Solidarität, die wir auch mit jenem Teil

fördern müssen, zerstört. Das Flugblatt ist eben nicht nur an die Teilnehmer der Westberliner Vietnam-Demonstration, sondern an alle Studenten, also auch an Reaktionäre wahllos verteilt worden. Unsere politische Aufgabe ist es, das Selbstbewußtsein der Opposition zu heben, ihre Solidarität zu fördern und davon ausgehend unsere spezifisch sozialistische Position hervorzuheben. Dazu ist zuerst die Aktionseinheit des SDS selber notwendig. Der Bundesvorstand ist entschlossen, diese zu garantieren, und sei es auch in einem schmerzlichen Prozeß. Er sieht in der Einberufung der Landesvollversammlung einen wichtigen Schritt dazu, erwartet aber darüber hinaus materielle Ergebnisse, die die Verbindlichkeit der innerverbandlichen Diskussion sichern".

Die Diskussion verlief wie im Rundschreiben des Landesvorstandes geschildert. Ergänzend muß hinzugefügt werden:

Bei der Behandlung der Konsequenzen dieser Diskussion wurde von der Redaktion des Flugblattes und ihren Anhängern mit knapper Mehrheit der Antrag abgelehnt, die Redaktion des Flugblattes neu zu wählen. Der Alternativantrag, daß die für das abgelehnte Flugblatt verantwortlichen sieben Genossen in der Redaktion verbleiben und durch vier weitere ergänzt werden sollten, wurde mit Mehrheit angenommen. Damit hatten die Redakteure und eine knappe Mehrheit der noch um vier Uhr früh anwesenden Mitglieder die bisherige, für das Flugblatt verantwortliche Redaktion bestätigt.

Für die Zuwahl der vier weiteren Mitglieder nahmen fünf der vorgeschlagenen Genossen die Kandidatur an. Daraufhin beantragte einer der Hauptsprecher der Flugblattgruppe die Neueröffnung der Kanidatenliste, er und andere Vertreter dieser Tendenz schlugen weitere Kandidaten vor.

Inzwischen erklärte der Bundesvorsitzende dem Berliner Mitglied des Bundesvorstandes, daß sich der BV damit keineswegs abfinden könne und bat ihn, einzugreifen, damit wenigstens durch die Zuwahl eine Reaktion zustande käme, die die verschiedenen Tendenzen im Landesverband repräsentiere. Das Berliner Mitglied des Bundesvorstandes erklärte jedoch, es handele sich bei vier von den ursprünglich vorgeschlagenen Kandidaten um Mitglieder des Argumentclubs, die nur zur Verhinderung weiterer Flugblätter und ohne die Absicht wirklicher Mitarbeit in die Redaktion wollten. Auf den Einwand, daß selbst vier Mitglieder einer Redaktion durch Untätigkeit deren Arbeit nicht sabotieren könnten, und wenn das so wäre, allenfalls ihre politische Position dadurch schwächen würden, ging er nicht ein. In derselben Weise verliefen die Wahlen: sie waren deutlich sichtbar Mehrheitswahlen, in denen die Minderheit überstimmt wurde. Lediglich ein Vertreter derer, die das Flugblatt schon von vornherein abgelehnt hatten, wurde gewählt.

Daraufhin gab der Bundesvorsitzende eine Erklärung ab, welche von den anwesenden Mitgliedern des Bundesvorstandes - mit Ausnahme des Berliner Mitglieds - unterstützt wurde:

Der Verlauf der Abstimmungen korrigiere die Kritik an dem Flugblatt und damit das Ergebnis der Versammlung. In der unreflektierten Rücksichtslosigkeit, mit der die Mehrheit vorgegangen sei, spiegele sich erneut die Neigung, der innerverbandlichen Diskussion auszuweichen. Mit nur einem dedizierten Vertreter der Opposition gegen die Flugblattpolitik der alten Redaktion sei diese Tendenz keineswegs ihrem wirklichen Stärkeverhältnis im Landesverband entsprechend repräsentiert. Die Verfasser des Flugblatts hätten mit ihrem Verhalten bewiesen, daß sie aus der Diskussion nicht die verbindliche Konsequenz ziehen wollten, künftig durch rationale Diskussion innerhalb des Verbandes tragbare Positionen zu erarbeiten. Wenn immer wieder zur Verteidigung der Flugblattverfasser von deren Freunden hervorgehoben werde, es sei zu berücksichtigen, daß die oft erst ganz neu in den SDS eingetretenen Genossen sich in einem Lernprozeß befänden, dann müsse die Lernwilligkeit auch darin zum Ausdruck kommen, daß man - gerade nach einem solchen gewaltigen Fehler - die Bereitschaft zeige, sich an anderen Auffassungen im SDS abzuarbeiten. Da s sei aber soeben durch Abstimmungen gegen die Kandidaten der anderen Tendenz abgewiesen worden.

Der Verlauf dieses letzten Teils der Vollversammlung und ihre Vorbereitung durch zwei getrennte Sitzungen der verschiedenen Tendenzen habe gezeigt, daß sich diese Richtungen im Landesverband in

bestimmter Weise verfestigt hätten. Die Mehrheit sei offenbar nicht wirklich bereit, die Minderheit aktiv zur Mitarbeit heranzuziehen und so die Einheit des Verbandes weiterzuentwickeln, vielmehr setze man sich offenbar ganz rücksichtslos mit seiner Mehrheit durch und treibe so die schleichende Spaltung und Isolierung fort. Die Tatsache verfestigter Tendenzen in der Gruppe erlaube aber, wenn die Einheit gewahrt bleiben solle, nicht mehr einfache Mehrheitsentscheidung, sondern die Besetzung solcher Positionen wie der in der Redaktion aufgrund der Kenntnis und Übereinkunft verschiedener Anschauungen.

Der BV sehe nach dieser Entscheidung - getroffen überdies erst nach dem Verlassen der Versammlung von vielen Mitgliedern - keine Gewähr, daß ähnliche Verirrungen wie das Flugblatt, sich nicht wiederholen würden und nun eine rationale, von Solidarität getragene Diskussion im Landesverband gesichert sei. Durch ihr Verhalten hätten die Flugblattverfasser ihre Kritik zum bloßen Lippenbekenntnis gemacht, sie hätten demonstriert, daß diese Kritik keinerlei Verbindlichkeit habe und nicht zu materieller Gestalt werden solle.

19. Mai

Viele SHB-Gruppen und Landesverbände haben inzwischen erklärt, daß sie am Vietnam-Kongreß teilnehmen wollen und ihn begrüßen. Der Bundesvorsitzende des SHB macht seine Absage für den Kongreß rückgängig und teilt mit, daß er kommen und ein Grußwort sprechen würde.

21. Mai

Am Vorabend des Vietnam-Kongresses findet eine Mitgliederversammlung der Frankfurter Gruppe statt, auf der über den Verlauf der Vollversammlung in Westberlin berichtet wird und zwei Berliner Genossen Gelegenheit haben,ihre Auffassung darzutun.

22. Mai

Die Zahl der zum Vietnam-Kongreß angereisten Berliner wird auf zwanzig bis dreißig geschätzt. Am Bonner Kongreß hatten etwa einhundertdreißig teilgenommen. Der Landesvorstand, der jedenfalls bis zur Vollversammlung keinerlei nennenswerte Vorbereitungen für den Kongreß getroffen hatte, teilt allerdings am Tage nach dem Kongreß mit, er habe den Kongreß nicht sabotiert oder sabotieren wollen.

23. Mai

Im Anschluß an den Vietnam-Kongreß tagt das "Westeuropäische Studentenkommitee für den Frieden in Vietnam".

Es wird festgestellt, daß inzwischen 26 Studentenverbände in Westeuropa die Erklärung des Kommitees gebilligt haben und ihm beigetreten sind. Nach längerer Diskussion über die Perspektiven und Aufgaben des Kommitees kommen die anwesenden Delegierten von 18 Organisationen zu folgenden vom präsidierenden Bundesvorstand des SDS vorgeschlagenen Beschlüssen:

1. Das Kommitee gibt in unregelmäßiger Folge eine Korrespondenz heraus. Unter besonderer Berücksichtigung der Hochschulen solllen in der ersten Nummer ausführliche Analysen über die Situation, Aktivitäten und Möglichkeiten der Opposition in den einzelnen Ländern gegen den Krieg in Vietnam erscheinen, die das praktische gegenseitige Verständnis für die einzelnen Phänomene und Aktivitäten der Vietnam-Opposition erleichtern sollen.

2. Für den Herbst 1966 wird ein mehrtägiges Seminar über Probleme der Kolonialrevolution und des Imperialismus geplant. Der SDS wird einen Programmvorschlag vorlegen. Die Organisation übernimmt 'Clarté', die das Kommitee zum Seminar im Oktober nach Lund (Südschweden) einlädt.

3. Die nationalen Mitgliedsorganisationen des Kommitees werden nach dem Vorbild der schwedischen Vietnam-Opposition ein Abzeichen herausgeben, das die stilisierte Fahne der FNL und den Namen des Kommitees zeigen soll.

Die Gesamt-Geschäftsführung des Kommitees bleibt vorläufig weiterhin beim SDS.

23.Mai

Nach einer Diskussion der verbandspolitischen Lage entschließen sich die beiden Vorsitzenden zum Rücktritt. Der Entschluß wird folgendermaßen begründet:

Die Mitgliederversammlung des Landesverbandes Berlin hat die Verhältnisse, welche dem Beschluß des BV vom 11.5. zugrunde lagen nicht in dem Maße verändert, daß der Beschluß hinfällig geworden wäre. Die Ausführung des Beschlusses würde aber zur Spaltung des Landesverbandes führen, die der BV

einhellig nicht will. Hinzu kommt, daß die Vorgänge in Berlin eine Tendenz unreflektierter Aktivität repräsentieren, die eine essentielle Gefährdung für den Verband darstellen. Es besteht die Gefahr, daß der Verband durch dauernde "kleine Dummheiten" wie das Berliner Flugblatt mehr und mehr auf eine Stufe herabsinkt, auf der er nicht mehr ernst genommen wird. Dies würde eine Verstärkung der ohnehin bestehenden Isolierung bedeuten, käme also einer freiwilligen Beschränkung des SDS auf den Stand einer politisch einflußlosen Sekte gleich.
Weiterhin zeigt sich eine Tendenz der Nichtanerkennung der politischen Organisation und ihrer Verbindlichkeit durch Gruppen und Mitglieder des Verbandes. Mit Veränderungen der organisatorischen Struktur ist diese Verbindlichkeit aber in einem Studentenverband nicht herzustellen. Auf Grund seines informellen Charakters ist der SDS weitgehend auf die Einsicht seiner Mitglieder in die Notwendigkeit der Aktionseinheit und der von ihr geforderten Disziplin angewiesen. Aber auch diejenigen Genossen, die diese Notwendigkeit selbst betonen, stellen in ihrer politischen Praxis oft die Aktionseinheit in einem solchen Maße in Frage, daß die Weiterführung der Arbeit des Verbandes gefährdet ist.

Hierdurch ist insbesondere die Lage des BV betroffen. Die jüngste Entwicklung im Verband hat den gegenwärtigen BV in eine Lage gebracht, in der er den Anforderungen der kommenden Zeit kaum mehr gerecht werden kann. Diese Schwierigkeiten sind nicht dadurch zu überwinden, daß sie verschleiert werden. Sie müssen dem Verband offenbart werden, was durch den Rücktritt der Vorsitzenden geschehen soll.

In der Diskussion mit anderen Genossen lehnten die Vorsitzenden es ab, ihren Rücktrittsankündigung mit einem Ultimatum gegenüber dem Landesverband Berlin zu verbinden. Sie erklärten sich jedoch bereit, vor ihrem endgültigen Rücktritt ein Kompromiß-Angebot des Landesverbandes zu berücksichtigen, wenn dies innerhalb der gesetzten Bedenkzeit selbständig angeboten würde.

24. Mai Norman Birnbaum übersendet die erste Stellungnahme zum Vietnam-Kongreß:

Lieber Helmut Schauer!
Es tut mir leid, daß ich weder Dich noch Deine Kollegen nach den gestrigen Ereignissen habe sprechen können; ich danke Dir zunächst für die Einladung. Zwei Dinge haben mich in den letzten paar Monaten jünger als 40 fühlen lassen: Erstens ein Treffen mit Lukacżs in Budapest, der mit 80 Jahren noch voller Optimismus und Lebensbejahung ist und - der erfolgreiche Kongreß von gestern.
Es scheint, daß noch eine Menge für die Erziehung auch der fortgeschrittensten deutschen Studenten getan werden muß: die Arbeitsgruppe Gustafson-Pirker und ich zeigte das. Du tätest gut daran, die Ansicht von Professor Habermas darüber einzuholen, der ja auch Diskussionsleiter war; das folgende sind meine eigenen Eindrücke.
Nach Marcuses theoretischer Analyse sprach ich über einige der konkreten Faktoren, die die politischen Entscheidungen über die asiatischen Ländern in England, Frankreich und den USA bestimmen (ich versäumte nicht zu erwähnen, daß ich, wäre ich Franzose, den Linksgaullisten gefolgt wäre, und de Gaulle gewählt hätte). Pirker gab einen schätzenswerten soliden und tiefgehenden Bericht über die Grundlagen der russischen und der chinesischen Politik in Asien. Gustafsson trug eine höchst schmatische, sogar scholastische Imperialismustheorie vor - etwa von 1914. Das machte großen Eindruck und verschiedene Formen der Kritik wurden laut gegen Pirker und mich - das Publikum zeigte, soviel ich sehen konnte, eine bedauernswerte Neigung, Schlagworte konkreten Analysen vorzuziehen, Schematismus als Theorie zu nehmen und alle Bezüge auf Zweideutigkeit und Unsicherheit auszuschalten. als Anzeichen theoretischer Unfähigkeit oder geschwächten politischen Willens. (wie kann man die Außenpolitik de Gaulles mit Hilfe eines alten Imperialismus-Modells erklären?) Es wäre unter diesen Umständen nützlich, wenn Diskussionsgruppen (und vielleicht eine Arbeitstagung) in der nahem Zukunft über derartiges diskutieren könnten - der Artikel von Alsheimer in DAS ARGUMENT scheint mir ein Modell dafür zu sein, wie man so etwas machen kann. Die komisch stereotype Theorie auf der die deutschen Studenten bestehen scheint der exakte Gegenpol zu dem konkreten, untheoretischen Moralismus zu sein, der sich unter den amerikanischen Studenten manifestiert. (Marcuse nannte ihn inkorrekterweise: Ideologie) Vielleicht könnte in diesem oder dem nächsten Jahr eine deutsch-amerikanische Tagung von Studenten und Professoren

über dieses und andere Probleme organisiert werden - möglichst mit einigen Gewerkschaftern. (Die Amerikaner könnten leicht oder doch ohne große Schwierigkeiten mit einer Chartermaschine herüberkommen, wenn etwa 1oo oder 2oo Leute von ihnen kämen.
Jch würde mich freuen, Deine oder anderer Leute Kommentare über diesen Punkt zu hören!

26. Mai Die Gruppen Freiburg und Marburg geben Stellungnahmen zu dem Konflikt mit dem Berliner Landesverband ab:

SDS - Freiburg - 78 Freiburg - Alte Universität - Postfach

liebe Genossen!
Veranlaßt durch die Gerüchte, die in Frankfurt über das Verhalten einiger Berliner Genossen und die Absicht des BV in dieser Angelegenheit kursierten, habenc wir uns auf unserer letzten MV mit dem Berliner Flugblatt (INFORMATION Nr. 1) und den möglichen dahinter stehenden Intentionen beschäftigt. Die Mehrzahl unserer Mitglieder hält die darin gegebene Einschätzung der Meinung des bundesdeutschen Durchschnittsbürgers zum Vietnam-Krieg und die Vorstellungen der Berliner Genossen vom Charakter eines politischen Kampfes für falsch, und wir werden den Berlinern unsere Stellungnahme dazu mitteilen. Inwieweit die Berliner mit ihren Aktionen dem BV oder dem Gesamtverband in den Rücken gefallen sind, konnten wir auf Grund der uns vorliegenden Informationen nicht beurteilen. Wir meinen jedoch, daß politische Differenzen innerhalb des Verbandes ausdiskutiert werden müssen und, solange nicht offentsichtliche Obstruktion getrieben wird, nicht durch andere Maßnahmen, wie etwa Ausschluß von Mitgliedern oder Gruppen erledigt werden dürfen. Es wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

1.) Soweit die bisher vorliegenden Informationen eine Beurteilung des Verhaltens der Flugblatt-Herausgeber erlauben, sprechen sich die Anwesenden gegen einen Außschluß der Berliner Genossen aus.

2.) Der Gruppenvorstand wird beauftragt, sich an die Berliner Gruppe und den BV mit der Bitte um eine genaue Darstellung des Sachverhaltes und ihrer Stellungnahme dazu zu wenden.

Dieser Aufforderung komme ich hidrmit nach und hoffe, daß wir möglichst schnell Genaueres von Euch erfahren

mit freundlichen Grüßen
Gerhard Steffen

Der Vorstand der S D S - Gruppe Marburg
Liebe Genossen,
in der 2. ordentlichen Mitgliederversammlung der SDS-Gruppe Marburg hat die Gruppe nach einer Diskussion über das Berliner Flugblatt "INFORMATION I" und dessen Hintergründe folgenden Beschluss gefasst:
"Der BV wird aufgefordert, notfalls durch Ausschluß der verantwortlichen Genossen, sicherzustellen, daß in Zukunft verbandsgefährdende Aktionen wie zB. das Flugblatt "INFORMATION I" verhindert werden."

Viel Erfolg dabei
i.A.Franziska Wiethold

26. Mai Wiedergabe eines Briefes an Elmar Altvater von Rainer Haase:
Für die Erhaltung des SDS als sozialistischen Studentenverband!
Am Dienstag ist hier in Frankfurt eine für den Verband wichtige Entscheidung gefallen - Schauer und Dabrowski treten am Montag zurück. Schauer rief mich sogleich an und begründete dies damit, daß er gezielt einige benachrichtige, damit diese sich vorbereiten könnten. Seinen und Hartmuts Rücktritt begründete er folgendermaßen: In Berlin finde eine Entwicklung statt, die auf Zerstörung des SDS in seiner bisherigen Form aus ist. Er habe versucht, durch Diskussion die Berliner von solcher Haltung abzbringen - ohne Erfolg. Da ein Ausschluß der derzeiti in Berlin führenden Tendenz die Spaltung des Verbandes zur Folge habe, diese Tendenz

aber die Spaltung will, sehe er sich nicht mehr in der Lage, seine Konzeption im Verband aufrechtzuerhalten und trete zurück. Der Mehrheit im Verband wolle er es auf einer a.o.DK in 4 Wochen überlassen, über die künftige Konzeption und damit Weiterexistenz des SDS zu entscheid en. Wenn allerdings die Berliner Flugblatt-Redaktion zurücktreten sollte, würde Schauer seinen Rücktritt rückgängig machen. Sein Rücktritt ist also an ein Ultimatum gebunden. Politisch ist ein solches Vorgehen meiner Meinung nach legitim. Die sektiererische Haltung der Berliner ist nun in der Tat für den Verband äußerst gefährlich. Die Berliner Genossen haben nicht die Funktion einer unabhängigen sozialistischen Studentenorganisation in der augenblicklichen Phase des Kräfteverhältnisses erkannt, nämlich: die Sammlung aller sozialistischen Studenten in einer Organisation zur Verständigung und gemeinsamen Arbeit auf einer zu schaffenden linkssozialistischen Plattform. Die Funktion einer solchen Organisation ist es, unter der Studentenschaft die Interessen der Arbeiter zu vertreten. Durch Kritik an den bürgerlichen Wissenschaften können sozialis tische Studenten die Praxis der Arbeiterbewegung theoretisch vorbereiten. Da der SDS keinen unmittelbaren Zugang zur Praxis der Arbeiterklasse hat und er auch nicht Studentenorganisation einer in der Arbeiterklasse selber verwurzelten Organisation revolutionären Charakters ist, wäre es falsch, ihn als Ersatz für eine revolutionäre Avantgarde des Proletariats zu betrachten. Es wäre auch grundverkehrt die Aktionseinheit die sozialistische Studenten verschiedener Richtungen in ihrer theoretischen Arbeit finden aufzugeben und durch eine revolutionäre Organisation zu ersetzen, die sich nicht einmal von den Interessen des Proletariats im eigenen Lande her bestimmt - nicht nurdieses Interesse, das der Gesamtheit des Proletariats, kann eine revolutionäre Organisation in den spätkapitalistischen Lämdern legitimieren.

Mit Leninschen Parteiprinzipien hat dies erst recht nichts zu tun. - Die Berliner Genossen stellten sie als jetzt für den SDS notwendig dar. Lenin hat nie einen Studentenverband oder eine kleine Studentengruppe, die revoltuionäre Theorien diskutiert, als revolutionäre Organisation angesehen, sondern nur Organisationen des Proletariats, in denen neben der Avantgarde der Arbeiter vielleicht auch einige Studenten und Intellektuelle Mitglied sind, die durch ein revolutionäres Programm und revolutionäre Arbeit im Betrieb, in den Gewerkschaften und Massenorganisationen der Arbeiter gekennzeichnet sind.

Die Berliner nehmen zwar den Formierungsprozeß unserer Gesellschaft zum Anlaß einer Kritik an der augenblicklichen Praxis und Organisationsform,übernehmen aber die Theorie der "Formierten Gesellschaft" und bestimmen von dieser Theorie her, der Konterrevolution ihre Aufgabe, ohne zu untersuchen, was deren Voranschreitende Realisierung klassenmäßig bedeutet (Karlheinz Roth, hat in hervorragenden Aufsätzen, zuletzt: ATOMZEITALTER, Gewerkschaft und Werkselbstschutz, den Klassenkampf-Charakter der Notstandsbestimmungen nachgewiesen.) Letztlich können die Berliner Genossen die formierte Gesellschaft nur sozialpsychologisch begreifen, einzig bliebe im Anschluß an Marcuses Theorien der "moralische Protest". Die Aufgabe einer angesichts der formierten Gesellschaft zu schaffenden revolutionären Organisation, werden deshalb konsequent nur im Zusammenhang mit der kolonialen Revolution begriffen. Dadurch bleibt eine solche Organisation in den spätkapitalistischen Ländern nur sozialpsychologisch vermittelt und wirdn nicht mehr materiell begriffen als Ausdruck von geschichtlichen Bewegungen, dh. von Klassenkämpfen, deren theoretischer Ausdruck, ja schließlich Diskussionen und theoretische Ansätze auch im SDS sind (so materialistisch müßte doch wohl unsere Arbeit noch begriffen werden), sonst wäre auchd der Sozialismus nur eine Frage der anderen Benennung gleicher Zustände). Mir scheint es wichtig, in der augenblicklichen Auseinandersetzung im SDS, unseren Verband als Studentenverband zu wahren. Da Schauer Repräsentant dieses Verbandscharakters ist, wäre er zu unterstützen. DH. auf der anderen Seite, daß wir die Berliner zur Auflösung der Flugblatt-Redaktion gewinnen müßen. Aus zwei Gründen müssen wir meiner Ansicht nach so verfahren:

1.) Die Berliner Position ist auf dem derzeitigen Entwicklungsstand von unserer Position aus

nicht mehr zu verteidigen, weil sie eine Preisgabe jeder hier in der BRD erreichten Position bedeutet. In der Notstandsfrage die Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsjugend, Arbeiterjugendverbänden und den linken Hochschulverbänden; die Schulung von jungen Arbeitern durch gewerkschaftliche Bildungsarbeit, die Zusammenarbeit mit Gewerkschaftsfunktionäen, den Einfluß und die Wirkungsmöglichkeiten an der eigenen Arbeitsstätte, der Universität (die Berliner haben ihre gute im SS 65 erreichte Position völlig aufgegeben). Die Berliner Genossen haben sich auf die Position linker Opportunisten zurückgezogen. 2.) Indem potentielle Revolutionäre "innerlich nach Vietnam emigrieren" ermöglichen sie es den Stalinisten, sich als Interessenvertreter der Arbeiter anzubiedern, wie Jörg Högemann auf dem Vietnam-Kongreß. Dem Druck der Bürokratien weichen die Berliner nach Vietnam aus. Sie überlassen den falschen das Feld, wenn sie eigene Organisationen hier aufgeben und neue gründen wollen, die ausgerichtet sind auf die koloniale Revolution. Aus einer Antiberliner Stimmung heraus wäre es den Friedensfreunden auf einer DK möglich, den Widerstand gegen die Berliner Haltung auszunutzen und sich zum Sprechchor der sozialistischen Studenten zu machen. Dadurch würden sie auch die Kontrolle über die Aktionen gegen die Notstandsgesetze erhalten und diese damit auf den bürgerlichen Staat festlegen.

Aus diesen genannten Gründen möchte ich Dich bitten, in München darauf hinaus zu arbeiten, daß eine Resolution entsteht, die für Arbeitsmöglichkeiten sozialistischer Studenten eintritt und dabei eine sozialistische Perspektive für die BR offen hält.

Also: kritische Unterstützung Schauers mit oben genannter politischer Begründung. Darlegung der gleichen Gründe an die Berliner Genossen mit der Bitte um Rücktritt der Flugblatt-Redaktion.

Mit frdl. Grüßen
R. Haase

27. Mai

Die Rücktrittsabsichten der Bundesvorsitzenden haben zu intensiven Diskussionen im Umkreis des Bundesvorstandes und in einigen Gruppen geführt. Gegen diese Absichten wird eingewandt, daß der Rücktritt nicht - wie beabsichtigt - gegenüber der Öffentlichkeit so begründet werden könne, daß dadurch dem Verband kein Schaden zugefügt würde. Insbesondere aber wird kritisiert, daß sich durch den Rücktritt des gegenwärtigen BV die Krise des Verbandes nur noch verschärfen müsse.

Am 27.Mai geben dann die Bundesvorsitzenden ihre Rücktrittsabsichten auf. Dieser Entschluß versteht sich als Kampfansage gegen alle Tendenzen freiwilliger Isolation und der Desintegration des Verbandes: Solange die bisherige politische Praxis und Perspektive des Verbandes - die in realisierten Projekten, in den Beschlüssen der DK's, in verschiedenen Erklärungen des BV und Diskussionsbeiträgen vorliegt - nicht nach eindeutiger verbandsöffentlicher Diskussion geändert wird, muß an dieser Politik streng festgehalten werden. Nur aus analytisch belegter, die Möglichkeiten und Aufgaben genau berücksichtigender Kritik der bisherigen Praxis kann deren Verbindlichkeit aufgelöst und durch eine neue Politik ersetzt werden.

Es kommt darauf an, die Kontinuität der Verbandspolitik zu gewährleisten.

Zugleich müssen die widersprüchlichen Tendenzen im Verband angehalten - notfalls auch gezwungen werden - ihre Positionen nicht in unreflektiertem Aktivismus, sondern in rationaler Diskussion innerhalb des Verbandes zum Motor der Bestimmung der Verbandspolitik zu machen. Mit diesem Ziel muß den Zentrifugalen im SDS auch die Verbindlichkeit der sozialistischen Organisation und ihrer Einheit klar gemacht werden. Die Krise des Verbandes macht allerdings auch nachdrücklich die Dringlichkeit deutlich, mit der die Veränderungen in der politischen Lage des Verbandes, aus der diese Krise sich herleitet, bestimmt werden müssen, damit die tatsächlich notwendigen Korrekturen seiner Politik ausgearbeitet werden können. Diese Politik muß sozialistisch, aber zugleich mit ihren realen, aktuellen Voraussetzungen vermittelt sein.

Nichts wäre verhängnisvoller, als würde sich der SDS in Überschätzung der Möglichkeiten den Tageskämpfen doktrinär gegenüberstellen. Dies müßte die sektiererischen Tendenzen im SDS nur noch verschärfen, und wäre das Ende seiner Existenz als einheitlicher sozialistischer Organisation, wenn er den lebendigen, bewußt zu bestimmenden Zusammenhang zu den existierenden Ansätzen der Opposition in der BR verlieren würde. Mögen diese Ansätze und ihre aktuellen Aussichten noch so gering sein, und deren aktuelle Politik oft fehlerhaft und das Bewußtsein in ihnen äußerst widersprüchlich sein - der SDS wird sein Verhältnis zu dieser Opposition ebenso wie seine aktuelle Politik verbindlich ausarbeiten müssen, will er nicht die weiterweisende Möglichkeit verspielen, praktisch wie theoretisch Positionen zu entwickeln, welche die sozialistische Revolution vorbereiten und ihren Inhalt und Weg analysieren.
Das wird der Inhalt der SDS-Politik in den nächsten Monaten sein müssen, und die Arbeit des BV bestimmen.

29. Mai — Landesvorstand und Landesbeirat von Westberlin stellen in einem Brief an den BV ihre Auffassungen dar und teilen mit, daß sie weitere Festlegungen zur Sicherung der innerverbandlichen Diskussion und Kooperation bei der Ausarbeitung weiterer Flugblätter getroffen haben.
(- siehe umseitig den Berliner Brief -)

30.Mai — Fritz Lamm bemerkt zur Vietnam-Demonstration:
"Offenbar waren die Teilnehmer am Anti-Vietnam-Kongreß doch überfordert. Jedenfalls war die Aufmerksamkeit bei der Abschlußkundgebung sehr schlecht. Auf mich machten auch einige superproletende Sprechergruppen keinen besonders guten Eindruck. Es gibt häufig Leute, die nicht begreifen, daß man die eigenen Kundgebungen nicht als Jahrmarktsrummel ansehen kann. Lieber auf 5o Teilnehmer verzichten, aber die Kontrolle und Übersicht behalten."

6.Juni — Einige Münchner Genossen gaben eine Stellungnahme zur Diskussion um die Berliner Flugblatt-Aktion ab:

1. Es gilt, in dieser Frage zwischen dem Berliner Flugblatt vom Mai 66 und den organisatorischen Konsequenzen, die der BV ziehen will, zu unterscheiden. Wie sich jedoch zeigen wird, hängen andererseits beide Problembereiche eng zusammen.
2. Der BV hat am 11.5.66 in einem Beschluß die Auffassung geäußert, "der Ausschluß der Verantwortlichen der Flugblatt-Aktion (sei) nicht zu umgehen". Bis jetzt ist die Mitgliedschaft des SDS von dieser weitreichenden Maßnahme nicht informiert worden. Gesprächen auf dem Vietnam-Kongreß vom 22.5.66 mit Genossen aus den verschiedensten Städten war zu entnehmen, daß nur die wenigsten - und dann nur oberflächlich - von dem inkriminierten Flugblatt und den Konsequenzen, die der BV ziehen will, wußten. Eine solche Informationspolitik ist aus zwei Gründen zu verurteilen:
2.1. Durch Zurückhaltung von Informationen und Schaffung eines organisatorischen fait accompli würde die notwendige politische Auseinandersetzung sowohl über Inhalt und Form des Flugblatts als auch insebesondere über theoretische, taktische und strategische Probleme der Anti-imperialistischen Vietnam-Bewegung zwar nicht verhindert (das kann und will der BV natürlich nicht), aber doch behindert. Die Auseinandersetzung über diese Fragen gerade nach dem ersten gelungenen Ansatz zu konkreter Solidarisierung (nach vielem abstarkten Solidaritätsgetöne) auf einer höhern Ebene erneut: Wie können die Erfahrungen des Kongresses ausgewertet werden, was ist über einen solchen Kongreß hinaus zur konkreten Unterstützung des Emanzipationskampfes des vietnamesischen Volkes und aller Emanzipationskämpfe - auch unserer eigenen - zu tun. Diese Fragen können nicht beantwortet werden, indem der bisherigen BV-Politik kritisch gegenüberstehende Genossen mit einem schließlich unwiderlegbaren Argument bedacht werden: dem Ausschluß aus dem SDS. Es gilt vielmehr, die Ebbne der Argumentation vom organisatorischen Bereich in den politisch-theoretischen zu heben. Dazu wäre es angebracht, wenn der BV, bevor er organisatorische

Sozialistischer Deutscher Studentenbund **SDS** , Landesvorstand, Landesbeirat

Landesverband Berlin
1000 Berlin 31
Kurfürstendamm 140
Telefon 887 07 01
Postscheckkonto Berlin West 1774

An den

Bundesvorstand des
Sozialistischen Deutschen
Studentenbundes

6 F r a n k f u r t / M
Wilhelm-Hauff-Str. 5

den 29. Mai 1966

Liebe Genossen !

Der Berliner Landesverband des SDS hat nach der außerordentlichen Vollversammlung am 18. Mai, nach der Mitgliederversammlung der Frankfurter SDS-Gruppe und nach dem Vietnam-Kongreß am 22. Mai noch einmal eingehend über die aufgetretenen Spannungen innerhalb des Verbandes diskutiert.

Dabei war der Vietnam-Kongreß in Frankfurt/M Anlaß, das Verhältnis insbesondere zwischen dem Bundes-Vorstand und dem Landesverband Berlin zu überdenken. Wir sind einerseits der Meinung, daß der Kongreß durch die anschließende Demonstration, der wohl bislang größten Vietnam-Demonstration in der Bundesrepublik, an politischer Bedeutung gewonnen hat. Durch die Tatsache, daß trotz der Absage des SHB mehr als 2000 Studenten versammelt waren, wurde die organisatorische Stärke des SDS unter Beweis gestellt.
Andererseits müssen wir aber zu Bedenken geben, daß unsere Kritik an der inhaltlichen Gestaltung des Kongresses berechtigt war. So hat die Teilnahme von Herrn Ahlers dem Verlauf des Kongresses eher geschadet als genützt: es ist kaum anzunehmen, daß über die Freude, Herrn Ahlers von Prof. Abendroth "geschlachtet" zu sehen hinaus eine Politisierung in diesem Arbeitskreis stattgefunden hat. Bedenklich war auch, daß Bo Gustavsson neben der Reproduktion der klassischen Imperialismus-Theorie kaum Neues zum Verständnis des Vietnamkonflikts beigetragen hat. Ein ganz besonderer Nachteil der Veranstaltung war jedoch, daß kein abschließendes Plenum stattfand, auf dem die Diskussionsergebnisse der einzelnen Arbeitskreise hätten zusammengefaßt werden müssen. Der Bericht, den die "Frankfurter Rundschau" über den Kongreß-Verlauf gegeben hat, spiegelt diesen Mangel. Es ist zu fürchten, daß viele Teilnehmer, die ebensowenig wie Journalisten gleichzeitig an den verschiedenen Arbeitsreisen teilnehmen konnten, nur partikulare Kenntnisse erworben haben, weil die Chance, sie durch ein zusammenfassendes Plenum zu polisieren, nicht genutzt wurde.
Deshalb bedauern wir es, daß unsere Vorstellungen, die vom Bundes-Vorstand ursprünglich für akzeptabel befunden worden waren, und die den Ablauf der Veranstaltung im oben kritisierten Sinne verhindert hätten, zurückgewiesen worden sind.
Bei aller Kritik am Verlauf der Arbeitskreise und bei aller Würdigung der organisatorischen Leistungen, insbesondere bei der Demonstration, erscheint es uns notwendiger denn je, über die Praxis der politischen Agitation in der Bundesrepublik in einer Weise zu diskutieren, die von der Existenz verschiedener Meinungen ausgeht. Das

Referat von H. Marcuse hat gezeigt, daß die in Berlin geführte Diskussion über Koalitions- und Aktionspraxis keine einmalige und isolierte Diskussion sein darf.

Um diese Diskussion zu gewährleisten, ist es unbedingt erforderlich, die Aktionseinheit des SDS als einziger funktionierender Oppositionsbewegung in der Bundesrepublik aufrechtzuerhalten. Den auseinanderstrebenden Tendenzen des Verbandes ist weder durch administrative Maßnahmen noch durch den Rücktritt des Bundes-Vorstandes zu begegnen. Diese Tendenzen werden sich verstärken, wenn sie ausgeschlossen, anstatt zum Inhalt der innerverbandlichen Diskussion gemacht werden. Bei einem Rücktritt des Genossen Schauer und des Genossen Dabrowski v o r der Delegierten-Konferenz oder einer eventuell einzuberufenden außerordentlichen DK würden die Meinungsverschiedenheiten sich in den verschiedenen Kandidaten für den neuen Bundes-Vorstand niederschlagen; ohne eine ausgiebige Diskussion, die auf Bundesseminaren und in der neuen kritik stattzufinden hätte, ergäbe sich bei einer überstürztzten BV-Wahl ein zufälliges Resultat -- die Positionen der einzelnen Kandidaten wären nicht durch Diskussion vermittelt und könnten sich gegenseitig ausschließen, was die Spaltung des Verbandes nach sich ziehen könnte.

Die Position des Genossen Schauer, so sehr wir sie weiterhin kritisieren werden, scheint uns zur Zeit die einzig mögliche Politik zu bezeichnen, die die Diskussionen gewährleistet und den Verband nicht auf eine zufällig gewonnene Position festlegt.

Der Berliner Landesverband erklärt sich darum solidarisch mit dem Bundes-Vorstand. Der Berliner Landesverband wird den BV darin unterstützen, diejenigen Landesverbände zur Diskussion zu zwingen, bei denen bloße Ansätze zu einer veränderten Strategie und Taktik des SDS Konsequenzen für den gesamten Verband haben, ohne daß vorher eine innerverbandliche Diskussion stattgefunden hat.

Um alle Genossen an einer solchen Diskussion zu beteiligen, hat der Landesverband Berlin beschlossen, die entsprechenden organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen:

1. Es wurde ein Arbeitskreis konstituiert, der sich mit der Formierten Gesellschaft und der Möglichkeiten politischer Praxis beschäftigt. Daran nehmen bereits 40 Genossen teil.
2. Die Redaktion der "Informationen" wurde von 6 auf 10 Genossen erweitert. Ist nur ein Mitglied der Redaktion unzufrieden mit dem vorgelegten Text, dann werden alle Genossen zu einer Landesbeirats-Sitzung eingeladen.
3. Landesvorstand und Landesbeirat diskutieren über die zu veröffentlichenden "Informationen".
4. Das Berliner Mitglied des Bundes-Vorstandes gehört der Redaktion der "Informationen" an, um die Verbindung zum Bundes-Vorstand zu garantieren.
5. Die schriftlich zusammengefaßten Ergebnisse der Arbeitskreise werden vervielfältigt, damit sie sämtlichen Genossen des Berliner Landesverbandes zugänglich werden und außerdem dem Bundes-Vorstand zur Verwendung zugeschickt werden können.

Konsequenzen erörtert, seine politisch-theoretische Position zu den Berliner Auffassungen darlegen würde. Nur so kann dem Verband und der Willensbildung im Verband gedient werden.

2.2. Sowohl die Genossen in Berlin als der Genosse Schauer sind bisher die Erklärung schuldig geblieben, in welchem größeren Zusammenhang sie die SDS-Arbeit sehen und welche strategische Funktion sie dem SDS zuschreiben. Wer sich nur auf die Existenz des SDS beruft, statt durch eine revolutionäre Strategie dessen Funktion als gegenwärtig notwendiges Instrument zu erklären, kann nicht verlangen, daß sämtliche Aktionen mit der Verbandsspitze abzusprechen sind. Genosse Schauer verlangt vom SDS eine alle Arbeitsmöglichkeiten umfassende Disziplin, wie sie in einer revolutionären Organisation tatsächlich notwendig ist. Aber der SDS als sozialistischer Studentenverband ist weder eine solche Organisation leninschen Typs, noch läßt sich aus der bisherigen BV-Politik Existenz und Funktion des SDS als Produkt und Werkzeug revolutionären Handelns begreiflich machen. Die Äußerung des Genossen Schauer auf dem Seminar in Oberreifenberg am 19.3.66, er werde den "Linksradikalismus im leninschen Sinne auch mit organisatorischen Maßnahmen zerschlagen", stellt nicht nur eine mechanische Übertragung (vulgarisierter) leninscher Prinzipien auf den SDS dar. Vielmehr muß erst der Nachweis erbracht werden, daß die Positionen der Berliner Genossen und mancher ihrer Gegner nicht nur - so wie Putschismus und Opportunismus - die beiden Seiten ein- und derselben Medaille sind. "Organisatorische Konsequenzen" ohne eine theoretische Bekämpfung des Linksradikalismus durch ausführliche Diskussion würden diesen nicht überwinden, sondern lediglich dem Rechtsopportunismus Auftrieb geben.

3. Die Form des Berliner Flugblattes ist - nach den vorliegenden Informationen - insofern zu kritisieren, als die Verantwortlichen das Flugblatt ohne vorherige Diskussion innerhalb der Gruppe der Öffentlichkeit vorgelegt haben und so als Willen des SDS eine Position präsentierten, die nicht unwidersprochen geblieben ist und wegen ihrer theoretischen Mängel und fehlerhaften politischen Konsequenzen nicht unwidersprochen bleiben kann.

4. Zum Flugblatt - in seinem Inhalt - ist demnach folgendes zu sagen. Das Flugblatt tut so, als sei die Gesellschaft bereits"formiert", als könne man Proteste nicht mehr auch an verantwortliche Regierungen richten, um die Uneinlösbarkeit ihres ideologischen Anspruchs zu einem Ansatzpunkt des Kampfes gegen das System zu machen; Adressaten des Protests sind nur die, welche es bereits bekämpfen. Da durch immer sichtbarer und fühlbarer werdende Integration aller "an sich" oppositonellen Kräfte ins herrschende System der hochentwickelten kapitalistischen Länder der Kampf gegen das System immer mehr von den Metropolen in die Peripherie getragen wird, wird eben dort, an der Peripherie, der Adressat gesucht, an den Forderungen gerichtet werden und mit dem es sich zu solidarisieren gilt. Dabei wird völlig aus der Analyse ausgeklammert, daß es Verurteilung zu eben der von den Flugblattverfassern beklagten Kontemplation bedeutet, wenn wir als Sozialisten im höchstentwickelten westeuropäischen kapitalistischen Staat Forderungen an die heldenhaft kämpfende Befreiungsfront richten, "einen gerechten Frieden endlich zu erzwingen". Wir begeben uns dadurch eines Ansatzes für einen Kampf gegen das System in den Metropolen selbst, das Subjekt des revolutionären Prozesses hier wird substituiert durch die Emanzipationsbewegungen der "Dritten Welt"; wir ziehen uns auf unsere Monade zurück, von der wir mit Flugblättern eben dieses neue Subjekt auffodern, endlich zu siegen, denn "jeder Sieg des Vietcong bedeutet einen Sieg für unsere Demokratie". Wenn dieser Aspekt innerhalb der Totalität Welt auch tatsächlich stimmt und von ungeheurer Bedeutung ist, so muß es uns hier in der BRD vor allem darum gehen, daß "jeder Sieg für unsere Demokratie auch ein Sieg für den Vietcong" ist. Da aber Demokratie nicht abstrakt oder auf liberal-kapitalistischer Basis verwirklicht werden kann, muß jeder Sieg für die Demokratie ein Sieg für sozialistische Demokratie sein. Nur von dieser Position aus kann eine sozialistische Strategie und Taktik in unserer Gesellschaft erarbeitet werden; sowohl die Berliner Flugblattverfasser als auch radikaldemokra-

tische Positionen werden den objektiven Notwendigkeiten in dieser Gesellschaft nicht gerecht. Es ist gleicherweise Illusionismus, allein vom Kampf der FNL unsere Emanzipation zu erwarten (und die darin begründete Verurteilung zur politischen Inaktivität durch platonische radikale Flugblätter zu kaschieren) als auch den Kampf hier auf Erhaltung und eventuell Erweiterung radikaldemokratischer Strukturen zu beschränken.

5. Wenn der Kampf hier für sozialistische Demokratie geführt werden muß, taucht sofort das Problem auf, wie der Kampf für eine gesellschaftliche Formation, welche die bürgerliche Demokratie aufhebt, innerhalb der bürgerlichen Demokratie, die ja unsere Basis ist, geführt werden kann. Es ist das alte Problem der Arbeiterbewegung, wie Kampf im und Kampf gegen das System zu einer Stoßkraft zur Aufhebung des Systems vereint werden können, das sich nun auf anderer Ebene erneut stellt. Es ist sicherlich kein Zufall, daß gerade die Verbandsspitze, die als Institution am ehesten Kampf im System führen muß - und dabei auch beträchtliche Erfolge zu verzeichnen hat, die sie als sehr gutes Management ausweisen - , und ein linker Radikalismus in Konflikt geraten, der die Dialektik von Kampf im und Kampf gegen das System zu abstraktem Kampf gegen das System verkürzt hat. Abstrakt muß solch verkürzte Strategie notwendig deshalb werden, weil nicht der Prozeß der sozioökonischen Basis und deren Analyse Ausgangspunkt politischer Aktionen bleibt bzw. erst angeeignet wird, sondern der Wille der "Revolutionäre" selbst zur Basis hypostasiert wird. Der darin eingeschlossene Idealismus hat dann seine Konsequenz in Flugblättern wie dem der Berliner Genossen: Sozioökonomische Analyse wird durch idealistische Antizipation der "formierten Gesellschaft" verzerrt - zumindest der Intention nach - zu Gunsten einer romantischen Illegalität aufgelöst, um von daher als revolutionärer Kern eher Unterminierungsarbeit leisten zu können, und die Wirkungslosigkeit eines solchen Flugblattes wegen der völligen Abstraktion von den wirklichen und vermeintlichen Interessen derer, die damit angesprochen werden sollen, wird nicht begriffen. Wenn die Berliner Genossen zugeben, daß das Flugblatt seine erwartete Funktion nicht erfüllt habe, so sprechen sie damit über den Inhalt des Flugblatts indirekt das hier explizit gefällte Urteil aus.

6. Es wird umso notwendiger, die "Analyse des Exempels Vietnam" durch eine Analyse der konkreten sozioökonomischen Bedingungen des Reproduktionsprozesses unserer Gesellschaft - denn sie ist der Ort unseres unmittelbaren Kampfes - zu komplettieren und damit Grundlagen für sozialistische Theorie, Strategie und Taktik zu geben. Das kann nicht durch organisatorische Maßnahmen des BV ersetzt werden; im Gegenteil: Wird die notwendige theoretische und praktische Auseinandersetzung über theoretische und strategische Grundfragen durch organisatorische Maßnahmen (Ausschlüsse usw.) substituiert, dann ist die sicherste Gewähr dafür gegeben, daß idealistische linksradikale Abweichungen immer wieder entstehen. Durch organisatorische Maßnahmen, wie der BV sie in seinem Beschluß vom 11.5.66 vorsieht, wird der Verband nicht gestärkt, sondern entscheidend geschwächt. Die Unterzeichneten wenden sich daher an alle Genossen mit dem Appell, die vorgesehenen Maßnahmen des BV zu verhindern und den BV aufzufordern, endlich seine politische Position zu dem Fragenkomplex zu formulieren und der Diskussion zu stellen.

gez. Elmar Altvater, Erich Eisner, Rudolf Führer, Hugo Lanz, Thomas Schmitz-Bender, Gernot Schubert, Walter Volpert.

9.6.66 Brief von Helmut Schauer an Ursula Schmiederer:

Die Münchner haben inzwischen Altvaters Brief revidiert. Deshalb erscheint es mir nicht mehr sinnvoll ihn und meine Antwort in die Korrespondenz aufzunehmen. Die Stellungnahme der Münchner Genossen, die sie nun abgeben, ist sehr ernsthaft und durchaus diskutabel.
Natürlich fällt ihnen auch nicht auf, daß die Berliner Radikalen bislang die Diskussion der gesamten Verbandsöffentlichkeit verweigert haben und daß sie uns unmittelbar vor dem Vietnam-Kongreß eine Auseinandersetzung aufgezwungen haben, die so schon objektiv dessen Vorbereitung

behindert hat. Die Geschichte hat alleine mich mindestens volle fünf Tage gekostet, in einem Monat, in dem wir unter den wahnwitzigsten, organisatorischen Bedingungen an der Vorbereitung des Kongresses arbeiteten. Das Gerede von Apparat und Management würde schnell aufhören, wenn die Genossen mal vierzehn Tage hier voluntieren würden. Eine einigermaßen seriöse Darstellung der Problematik zu geben, die eben zur nötigen Differenziertheit und Bestimmtheit führt, kostet eben Zeit.

Gelegentlich hat man den Eindruck, daß die Genossen sich unter dem Bundesvorstand ein mehrstöckiges Verwaltungsgebäude vorstellen. Das kennzeichnet überhaupt unserer Schwierigkeiten: der SDS wird sagenhaft überschätzt. Von uns am 26. Mai groß zu fordern "endlich" unsere politische Position zu dem Fragenkomplex zu formulieren und "der Diskussion zu stellen" beweist nur, daß die Genossen offenbar keinen Gedanken daran verschwendet haben, ob sie damit nicht praktische Ansprüche stellen, die einfach nicht realisierbar sind. Wir selber neigen ohnehin schon dazu, uns permanent zu übernehmen und so unseriös zu werden.

Durch Wiederholung wird natürlich die Behauptung, der Verband und der Bundesvorstand hätten keine ausgearbeiteten Positionen auch nicht wahrer. Schließlich läuft dieser Gestus halt doch darauf hinaus, sich selber vor der Rezeption und Diskussion dieser Positonen zu drücken. Von Beschlüssen der Delegiertenkonferenz, Erklärungen des BV etc. abgesehen muß man doch allmählich klar machen, daß z.B. auch unsere Kritik an der "neuen kritik" und der Strategiediskussion nicht heißt, es sei nun alles Falsch und undiskutabel gewesen, was in den letzten Jahren im SDS gedacht und in der "neuen kritik" geschrieben wurde. Es gibt da ja doch eine ganze Menge Ansätze, an denen eine rationale Diskussion anknüpfen könnte. Wenn ich nur z.B. an Lamms "Demokratischen Faschismus" denke ("Formierte Gesellschaft"), an Herkommers Artikel über das Beweußtsein der Arbeiter, um nur zwei von doch recht vielen zu nennen, dann muß man insgesamt sagen: es fehlt praktisch und in bestimmtem Umfange nicht die Konzeption und Perspektive, sondern die Kritik, die sie weiterführen könnte.

Erbärmlich war ja auch die Reaktion auf alle weiterreichenden Beiträge, die jüngst - etwa auch in der Zeitschriftendiskussion vorgelegt wurde. Mit Beifall auf die Kritik an resignativen und widersprüchlichen Anschauungen ist ja noch nichts geleistet. Darauf sind wir nicht angewiesen.

Dies sind die Voraussetzungen, die die Münchner Genossen dann zu der merkwürdigen Auffassung bringt, wir wollten,"daß sämtliche Aktionen mit der Verbandsspitze abzusprechen sind." Das müßte uns noch passieren; es wäre der Ruin der Gruppen und des BV.

Die dringend erforderliche Disziplinierung läßt sich mit den leninschen Organisationsprinzipien überhaupt nicht fassen. Die Bedingungen des Studentenverbandes stellen das Problem der Aktionseinheit, mehr als überall sonst, als weitgehend ideelles. Ziele, Parolen, Taktik etc. müssen in den Köpfen der Genossen einheitlich auf und aus der Diskussion orientiert sein, daß die einzelnen selbständig handelnd, die politische Organisation darstellen können. Die formelle Organisationsstruktur des SDS ist schon für die Arbeitsbedingungen eines Studentenverbandes sehr zentralistisch.

Allerdings kann die zentralistische Organisation dann nicht auf organisatorische Maßnahmen verzichten, wenn sie selbst in Frage gestellt wird, die Aktionseinheit und Verbindlichkeit der innerverbandlichen Diskussion nicht mehr anerkannt, womöglich organisatorisch zerrissen wird. Die politische Verbindlichkeit der Organisation ist eben kein technisches, sondern selber ein politisches Problem.

In Punkt Drei der Münchner Stellungnahme ist die Rolle der Diskussion ganz richtig bestimmt. In Punkt vier ihrer Stellungnahme haltem die Münchner Genossen ein Moment nicht genau auseinander. Die Berliner haben natürlich recht, wenn sie sagen, man könne nicht mehr an die Johnson/Mc Namara-Regierung appellieren. Diese Regierung kann nicht mehr unsere Forderung nach Abzug der

US-Truppen erfüllen, es verschleiert die Größe des Problems, wenn man an sie appelliert. Unter Punkt fünf ist natürlich in die richtige Kritik des Flugblatts eine arge Formalität reingerutscht, an der sich die entscheidende Beschränkung der Stellungnahme zeigt: ich meine die Rede vom Kampf im, am, an, um und gegen das System. Wir wollen da also den Sozialismus und müssen das Problem dieses Kampfes lösen. Früher hatte man ja mal angenommen, der Sozialismus sei materiell auf die aus der Widersprüchlichkeit des Systems hervorgebrachten Interessen einer Klasse gegründet, welche die Sozialisten bewußt machen und denen sie zum Bewußtsein ihres allgemeinen Widerspruchs gegen das kapitalistische System verhelfen müßten. Vielleicht mag es daran liegen, daß die objektiven Widersprüche nicht so aktuell sind, daß sie das System sichtbar erschüttern. Jedenfalls stolpert der Dogmatismus hier etwas auf eine verdächtig kautskysche Gangart. Das "Management " solidarisiert sich auf seine Weise mit dem linken Radikalismus im bewußten, materiell auf die widersprüchliche sozioökonomische Basis" gegründeten Kampf gegen und nur gegen die Klassengesellschaft, wie wir "alten Orthodoxen" trotz der so gar nicht revolutionären, eher konterrevolutionären Lage und Tendenzen sagen. Ansonsten muß man die Genossen drängen, ihre Auffassungen nun politisch darzustellen. Konkret zu sagen, wie wir hier und heute für sozialistische Ziele kämpfen können. Dafür ist ihre Forderung nach Analyse bundesrepublikanischer Verhältnisse der Ansatz.

A N H A N G

Beitrag zur Zeitschriftendiskussion

Liebe Genossen! Die "neue kritik" hat ihren Anspruch, ein Organ zu sein, in dem divergierende sozialistische Meinungen zu Wort kommen, nicht erfüllt. Die redaktionelle Besetzung der nk vornehmlich mit ehemaligen Frankfurter Genossen und die alleinige Auswahlbefugnis eingegangener Artikel durch diese Redaktion haben bei ihr und dem Bundesvorstand ein Monopol entstehen lassen, welches mit dem propagirten Anspruch nicht übereinstimmt.
Diese Monopolstellung der bisherigen nk-Redaktion auch und vor allem in theoretischer Hinsicht hatte für die nk folgende Konsequenzen:
- zu keiner Zeit wurde ein repräsentativer Querschnitt der im SDS vertretenen Anschauungen geleistet
- die vorwiegend esoterisch-soziologische Ausrichtung der nk bestimmte das Verhältnis der Verbandsmitglieder zu ihrem Organ: es war mehr oder weniger konsumtiv.
- Ziellosigkeit der Themen und deren Mangel an informativer und empirischer Ausrichtung sowie die Abhängigkeit vom taktischen Verhältnis zur SPD (siehe unten) verhinderten eine grundlegende Einführung in die sozialistische Theorie. "Lehrwerkstatt" ist die nk, wenn überhaupt, nur für einen bestimmten Kreis gewesen.

Aus dem bisher Gesagten folgt, daß die nk keine integrierende Funktion für den Verband gehabt hat und unpolitisch gewesen ist. Sie hatte keine Wirkung nach außen, nicht zuletzt aufgrund mangelnder Vertriebsorganisation und kann deshalb nicht als ein führendes sozialistisches Organ angesehen werden.
Diese Mängel sind keineswegs nur formaler Natur oder auf politisches Ungenügen zurückzuführen.
Form und Inhalt der um das Verbandsorgan und um Aufgabe und Funktion des SDS geführten Diskussion machen das politische Konzept einer bestimmten Gruppierung im Verband durchsichtig, das durch die negative Ausrichtung und die Abhängigkeit vom taktischen Verhältnis zur SPD gekennzeichnet ist. Es mag dahingestellt bleiben, ob die Politik der mittleren Gruppe - gegenüber der Gruppe um "konkret" und derjenigen, die den SHB gründeten - ihre Berechtigung zu einer Zeit hatte, als die Lösung von der SPD den Vorrang organisatorischer und die Theoretische Konsolidierung des SDS als unabhängigem Studentenverband betreffender Fragen notwendig zu machen schien.
In dem nach dem Verbot der KPD und der endgültigen Schwenkung der SPD nach rechts in der Öffentlichkeit hinterlassenen organisatorischen Vakuum der Linken und nach Abschluß des Konsolidierungsprozesses des SDS sind dem Verband Aufgaben zugewachsen, die mit den Mitteln der bisher von ihm offiziell verfolgten Politik nicht mehr wahrgenommen werden können.
Dabei geht es nicht um die falsch gestellte Alternative von S t u d e n t e n v e r b a n d und P a r t e i e r s a t z . Sie trifft nach unserer Auffassung nicht den Kern der notwendigen Diskussion.
Wir sind vielmehr der Meinung, daß neue föderative Organisationsformen als Übergang zum Zusammenschluß aller sozialistischen Kräfte gefunden werden müssen.Ohne daß der SDS seine spezifische Form als Hochschulverband aufgeben muß, fällt ihm in diesem Übergangsstadium eine entscheidende Rolle zu.
Aus der Erweiterung der Funktion des SDS eröffnen sich auch dem Studenten Perspektiven und Möglichkeiten, die über den Hochschulbereich hinausweisen: Notstand, Vietnam, Arbeit in den Gewerkschaften etc.
Die erweiterten Aufgaben des SDS zwingen den Verband zu neuen Organisationsformen.
Daraus folgt auch die Notwendigkeit eines Organs, das den neuen politischen Inhalt reflektiert und v o r w ä r t s t r e i b t. Um sich von der Provinzialität der alten nk tatsächlich zu emanzipieren und den Anschluß an die Diskussion in der internationalen Arbeiterbewegung zu finden, sollte sich die neue nk nicht ausschließlich an dem ISJ ausrichten. Durch den ausschließlichen Bezug auf dieses Journal würde die Diskussion erneut stark eingeschränkt. Diese neuerliche Begrenzung kann nur vermieden werden durch Berücksichtigung auch anderer Publikationen der internationalen Arbeiterbewegung, wie L'Unita, Borba, Trybuna Ludu u.a.
Nach unserer Vorstellung sollte die nk folgendermaßen gegliedert sein:
1. Aktuell-politische Analysen (Schwerpunkt Innenpolitik)
2. Theorie
3. Internationale Arbeiterbewegung; aus der Geschichte der Arbeiterbewegung
4. Hochschulpolitik
5. Dokumentationen und Bereichte (aus den sozialistischen Ländern, Stand der Soziologie und der Entfremdungsdiskussion, Tagungen und Seminare nicht nur des SDS)
6. Zeitschriftenhinweise und Bibliographien
7. Leserbriefe (um den Kontakt zur Zeitschrift zu verbessern und Diskussionen anzuregen, als Qualifikationsbasis für künftige Artikelschreiber.

Um eine neuerliche Erstarrung des Verbandsorgans zu verhindern, kann es nicht nur bei einer bloß inhaltlichen und formalen Änderung der nk bleiben. Es ergeben sich vielmehr auch Konsequenzen für die Zusammensetzung der Redaktion. In zukunft sollten die Redakteure von der DK gewählt werden. Die vom BV vorgeschlagene erweiterte Redaktion ist kein Ersatz für eine zu wählende Redaktion. Lokale Hindernisse müssen überwunden werden.
Die Redaktion sollte über ihre Arbeit auf jeder DK Rechenschaft ablegen.
In der neben der nk erscheinenden SDS-Korrespondenz müssen alle aus SDS-Gruppen eintreffenden Beiträge abgedruckt werden.
Abschließend beantragt die Gruppe Köln, über die neue Gestalt der Verbandszeitschrift auf der nächsten DK, notfalls schon vorher auf einer außerordentlichen DK zu beschließen.

Gruppe Köln - gez. Willi Meeger